Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

127 (6.6.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 38, Ruf Nr. 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str 13—15, Ruf 3421/25—01, Karlsruhe, Amalienstraße 69 Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 — Nr. 127 | Dienstag, 6. Juni 1950 | Preis 15 Pfg.

Jugend im Kampf für den Frieden

Jugendvertreter aller Nationen berichten über den Friedenskampf in ihren Ländern

Berlin. (EB.). Bei der Tagung des Exekutivrates des Weltjugendbundes in Berlin berichteten die jungen Vertreter nach dem Referat von Guy de Boisson über den Friedenskampf in ihren Ländern. Nach dem ungarischen Vertreter Soltan Donko und der großen Rede Wjatscheslaw Kotschemassows, des Vorsitzenden des Komitees der Sowjetjugend, erklärte Bert Williams, in Australien werde die Friedensbewegung entscheidend von der Jugend getragen.

Während der kürzlich stattgefundenen Tagung der lateinamerikanischen Außenminister, die sich mit Kriegsvorbereitungen beschäftigten, hätte die Bevölkerung und besonders die Jugend Straßendemonstrationen veranstaltet, die Nationalflagge auf Halbmast gehißt und amerikanische Flaggen verbrannt, erklärte der Vertreter der Jugend Brasiliens.

Trotz Kriegsvorbereitungen amerikanischer Imperialisten und Terrors in Griechenland verstärke das griechische Volk durch Streiks und Studentendemonstrationen seinen Friedenskampf, berichtete der Vertreter der griechischen Jugend, Nico Acriditis. Es sei den Monarchofaschisten nicht möglich gewesen, eine faschistische Jugendorganisation zu bilden.

Der Vertreter der Jugend der USA, Leon Wofsy, erklärt in seiner Rede daß die amerikanische Jugend keine Atombomben werfen wolle. Sie habe die britische Jugend zum Wettbewerb für die Sammlung von Unterschriften zur Aechtung der Atomwaffe aufgefordert.

Jaques Denis erklärte für die französische Jugend, daß der Stockholmer Friedensappell auch von zahlreichen Soldaten unterschrieben wurde. In den Verkehresmitteln würden Unterschriften gesammelt, von Haus zu Haus gingen die Agitationsgruppen der Jugend. Die Friedenskampagne habe erneut gezeigt, daß das französische Volk und seine Jugend niemals einen Krieg gegen die Sowjetunion führen würden.

Am 4. Tag erklärte der Vertreter der Sowjet-Delegation, es sei ein gewaltiges Verdienst des Weltjugendbundes, daß es der Bund verstanden hat, unter seinem Banner über 60 Millionen Jungen und Mädchen zu vereinen.

Durch seine alltägliche Arbeit leistete der Weltjugendbund einen wichtigen Beitrag zum Kampf für Frieden, Demokratie und Fortschritt. Ein charakteristischer Zug der Entwicklung der demokratischen Jugengbewegung sei das ständige Anwachsen dieser Jugendbewegung und ihre Vereinigung im nationalen Maßstab. Der Redner unterbreitete der Exekutive im Namen der sowjetischen Delegation konkrete Vorschläge für den Weg zur Verstärkung der demokratischen Jugend.

Am Sonntagnachmittag sprach Kutty Hockham über die Vorbereitung der Internationalen Konferenz, die im Zeichen des Schutzes des Lebens, der Gesundheit und der demokratischen Erziehung der Kinder stehe. Nach ihrem Bericht wurden in der Sitzung organisatorische Fragen behandelt darunter die Herausgabe einer einheitlichen Fahne des Weltbundes der demokratischen Jugend. Guy de Boisson begrüßte die Initiative der deutschen Jugend und erklärte die Weltbund-Fahne werde genau so aussehen, wie die Fahne, die bereits während des Deutschlandtreffens von der Jugend getragen wurde.

Weiter gab der Präsident des Weltbundes der demokratischen Jugend bekannt, daß zum ersten Nationalen Feiertag des chinesischen Volkes, der am 1. Oktober dieses Jahres stattfindet, eine größere Jugenddelegation eingeladen wird.

Mannheimer „Junge Pioniere" wohlbehalten zurück

Mannheim. (EB) Gestern mittag traf die Delegation der „Jungen Pioniere" aus Mannheim, die an dem großen Zeltlager in der Pionierrepublik „Ernst Thälmann" anläßlich des Deutschlandtreffens in der Wuhlheide bei Berlin teilgenommen hat, wieder wohlbehalten und voller Begeisterung in ihrer Heimat ein. Aus den fröhlichen Gesichtern und den wenigen hastigen Erzählungen auf dem Bahnhof schon konnte man ersehen, daß sie herrliche Tage erlebt und in bester gesundheitlicher Verfassung sind. Mit Abscheu nahmen selbst die Kinder Kenntnis von den erbärmlichen Lügen der westlichen Zeitungen, die auch in Mannheim verbreitet worden waren, wonach die Kinder „ausgehungert", „halb erfroren" und „krank„ seien. „Uns ist es so gut gegangen und es war so schön, daß wir am liebsten für immer dort geblieben wären", sagte uns eine Pionierin, und ein anderer meinte: „Wir wollten überhaupt nicht mehr fort".

Zu Thomas Manns 75. Geburtstag

Telegramm Max Reimanns an den großen deutschen Humanisten

Sehr verehrter Herr Mann!

Anläßlich Ihres 75. Geburtstages drängt es mich, Ihnen von ganzem Herzen Glück und viele weitere Jahre ungetrübter Schaffenskraft zu wünschen. Ich danke Ihnen an diesem Tage zugleich im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Millionen schaffender Menschen Westdeutschlands, die Ihren großen Zielen kämpfend verbunden sind. Sie haben in Ihrem, von wahrem Humanismus erfüllten Werk einen unvergänglichen Beitrag geleistet zum Schatze der deutschen Kultur. Sie haben sich in Wort und Tat bekannt zum einigen demokratischen Deutschland und zu einer Welt des Friedens. Ich darf Ihnen versichern, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht zögern wird, Ihre hohe geistige Persönlichkeit, Ihr großes Werk und Ihre Ideale gegen die Bedrohung der Barbarei zu verteidigen, um sie schließlich zum vollen gemeinsamen Besitz des deutschen Volkes zu machen.

Im Namen des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands
Ihr sehr ergebener Max Reimann.

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands sandte nachstehendes Telegramm an Thomas Mann:

„Lieber Thomas Mann! Der Demokratische Frauenbund Westdeutschlands freut sich, Ihnen die herzlichsten Grüße und Wünsche übermitteln zu können. Alle für den Frieden kämpfenden Frauen sehen in Ihnen den großen Freund der fortschrittlichen Menschheit. Wir fühlen uns Ihnen zutiefst verbunden in der Liebe zu einem Deutschland, das dazu beiträgt, den Frieden und das Glück der ganzen Menschheit zu sichern.

Demokratischer Frauenbund Deutschlands, Büro Westdeutschland.

„Unser Tag" für 15 Tage verboten

Mannheim. (E. B.) Auf Anordnung der französischen Hohen Kommission wurde „Unser Tag", Volkszeitung für Baden, auf die Dauer von 15 Tagen verboten.

Das Schreiben der französischen Hohen Kommission hat folgenden Wortlaut:

Hohe Kommission der französischen Republik in Deutschland
Kommissariat für das Land Baden

Der Kommissar für das Land Baden an den Direktor der Badischen Zeitungsverlags-Gesellschaft Mannheim.

Betr.: Zuwiderhandlung gegen das Gesetz Nr. 5.

In der Nr. 116 vom 31. Mai 1950 Ihrer Zeitung „Unser Tag" haben Sie besonders herausgehoben folgenden Aufruf veröffentlicht:

„Achtung Arbeiter im Wiesental!
Achtet auf Kriegsvorbereitungen!
Schon vor Jahresfrist wurden in einem Werk im Wiesental Teile für den amerikanischen Shermanpanzer hergestellt. Wiederum wird in diesem Werk ein neuer Auftrag durchgeführt. Die Panzerteile werden an ein amerikanisches Rüstungswerk in Süddeutschland versandt.

Ihr arbeitet am Tode für Tausende von Menschen!"

Ich bin der Ansicht, daß dieser Aufruf eine Aufforderung zur Arbeitsverweigerung und eine Aufwiegelung der Bevölkerung ist, die geeignet ist, die Sicherheit der Besatzungsmächte zu bedrohen und eine Uebertretung des Art. 2 des Gesetzes Nr. 5 der Hohen Kommission darstellt.

Infolgedessen und unter Heranziehung desselben Art. 2 des angeführten Gesetzes habe ich entschieden, diese Zuwiderhandlung durch das Verbot Ihrer Zeitung für die Dauer von 15 Tagen zu bestrafen, von Dienstag, 6. Juni 1950 einschließlich bis Mittwoch, 21. Juni 1950 ausschließlich.

Das neue Verbot der Zeitung „Unser Tag" muß den Protest aller friedliebenden Menschen und aller Menschen, die für die Pressefreiheit sind, hervorrufen. Jetzt gilt es verstärkt den Kampf für den Frieden zu führen und den Appell von Stockholm zur Aechtung der Atomwaffe durch die Unterschrift zu unterstützen.

Die Woche in Bonn

Zwei Lager im Bonner Bundestag

Adenauer ist krank, und schon ist sein „Kanzlerkabinett" arbeitsunfähig. Nur eine Kabinettsitzung fand statt, die aber wegen des Fehlens der „Herrn" keine Beschlüsse fassen konnte. Die zweite der jede Woche stattfindenden Kabinettsitzungen fiel ganz aus. Auf persönliche Herrschaft haben Adenauer und Schumacher das Bonner „Grundgesetz" bewußt abgestellt.

Zwei Tage war das Bundestagsplenum zusammen. Seine Tätigkeit läßt sich um drei Punkte gruppieren: Das Verkünden von politischen „Grundsätzen", die Verteilung der Kriegs- und Kriegsfolgelasten, und schließlich den Versuch, aus dem Bonner Provisorium eine Dauereinrichtung zu machen. Die zwei großen Lager der Weltpolitik und die ihnen zugehörenden entgegengesetzten Ideologien treten auch im Bonner Scheinparlament für jeden deutlich in Erscheinung.

Die antisowjetische Propaganda versucht es zwar immer wieder so hinzustellen, als ob in Westdeutschland die Front des Friedens vor dem Zusammenbruch stehe, aber alle Schritte der Adenauer, Blücher und Schumacher verraten ihre Furcht vor dem fortwährenden Stärkerwerden der Friedensfront auch hier. Die kleine, aber rührige kommunistische Fraktion ist den Helfershelfern der anglo-amerikanischen Kriegspolitik darum noch viel zu groß. Unter Bruch des Grund- und des Wahlgesetzes erklärten sie, der Agent Müller sei weiter Bundestagsabgeordneter. Ihre Sprecher, Becker (CDU), Euler (FDP) und Ritzel (SPD) tischten zur Begründung alle antikommunistischen Märchen und Schwindeleien, auf. Ja, die Anhänger des zum Kriege treibenden Lagers ließen jede Spur von nationaler Würde fahren. Sie baten ihre Herren auf dem Petersberg, mit ihren Machtmitteln Müller in den Bundestag zurückzubringen. Kann die Rolle Müllers deutlicher charakterisiert werden?

„Ich habe den Friedensappell von Stockholm unterzeichnet, weil ich jede Bewegung unterstütze, die das Ziel hat, den Frieden zu festigen." Thomas Mann.

Besatzungskosten zahlen sie gern

Noch deutlicher trat die Zugehörigkeit zu den zwei Weltlagern bei der Behandlung der unerträglichen Besatzungskosten zutage. Für die antisowjetische, den Krieg vorbereitende Mehrheit des Bundestages, sind die fremden Truppen keine Besatzung mehr, sondern eine „Garantiemacht" gegen den sozialen Fortschritt und die Entfaltung des Friedenswillens des deutschen Volkes. Abgeordneter Euler (FDP), der während des Nazikrieges den IG-Farben-Konzern (der das Giftgas zur Vernichtung der Juden in Auschwitz lieferte) mit zwangsweise aus dem Osten Europas herbeigeschleppten Arbeitssklaven versorgte, erklärte, die westlichen Besatzungsmächte hätten eingesehen, daß die Politik zur Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschland den Kommunisten (er meint den Werktätigen unter Führung der KPD) in die Hände gespielt hätte. Heute seien die amerikanichen und britischen Truppen Garantie- und Schutzmacht gegen das Durchsetzen des Friedenswillens der Mehrheit des deutschen Volkes. Für eine solche Garantiemacht lassen die Parteien, die in Bonn die Politik des Petersberges unterstützen unsere Steuerzahler gern viereinhalb Milliarden

(Fortsetzung auf Seite 2)

Risse in der Atlantikpaktfront

England und Schweden gegen den Schuman-Plan — Vereinigte Staaten täuschen Einigkeit vor

Washington (EB.). Das amerikanische Außenministerium habe den Wunsch, der Oeffentlichkeit das Bild eiines geeinten Europas zeigen zu können, schreibt der Washingtoner Korrespondent der offiziösen französischen Zeitung „Le Monde" zu den schweren Differenzen, die unter den Westmächten im Zusammenhang mit dem sogenannten Schuman-Plan offenbar geworden sind. Außenminister Acheson befürchtet, daß weitere scharfe Gegensätze zwischen den Atlantikpakt-Staaten zutage treten könnten. Dadurch wachse die Gefahr, daß die Völker dieser Länder sich noch mehr als bisher gegen die aggressive Kriegspolitik der USA auflehnen. Die „New York Times" sprechen offen aus, daß die Zusammenarbeit zwischen den Atlantikpakt-Staaten gefährdet sei.

Die französische Regierung hat bekanntgegeben, daß die Verhandlungen über den sogenannten Schuman-Plan nunmehr ohne die Teilnahme Großbritanniens stattfinden werden, nachdem die britische Regierung ihre Beteiligung abgelehnt hatte. In der Begründung heißt es, daß sie sich nicht auf Grundsätze festlegen könne, ohne vorher zu wissen, wie sie sich auswirken würden. Die schwedische Regierung gab ihre ablehnende Haltung bereits am Vortage bekannt.

Daß sich die USA in dem von ihnen entworfenen Projekt zur Schaffung eines westeuropäischen Rüstungskonzerns eine Vormachtstellung sichern wollen, ist jetzt nicht mehr zu verbergen. Die Marshallplan-Verwaltung hat bereits bekanntgegeben, daß zur Finanzierung des sogenannten Schuman-Planes Mittel aus ihren Fonds bereitgestellt würden.

Die Wahl in Belgien

Brüssel. (nach dpa) Bei den Wahlen in Belgien hat sich nach bisherigen Meldungen das belgische Volk nochmals eindeutig gegen eine Rückkehr Exkönig Leopold ausgesprochen. Die Christlich-Sozialen, die Partei, die mit allen Mitteln die Rückkehr des davongejagten Königs betreibt, konnte die erhoffte absolute Mehrheit nicht erreichen. Das endgültige Wahlergebnis erbrachte für die Christlich-Sozialen 2 354 965 (2 190 898), für die Sozialisten 1 804 967) (1 529 700), für die Liberalen 557 019 (167 180), für die Kommunisten 234 325) (376 765. (In Klammern die Vergleichszahlen von den Wahlen des Vorjahres.)

Streik in Helsinki

Berlin. (EB.) Auf Protest gegen das kürzlich zwischen der Regierung und der rechts gerichteten Leitung des Finnischen Gewerkschaftsbundes getroffenen Lohnabkommen sind die Hafenarbeiter von Helsinki in den Streik getreten. Die Vertreter der Hafenarbeiter erklärten, daß die vorgesehene Lohnerhöhung in keinem Verhältnis zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten stehen und bezeichneten den Vertrag als einen Betrug an der Arbeiterklasse.

Das Parteihaus ist unter Dach

Ansprache Max Reimanns auf dem Richtfest in Düsseldorf

Düsseldorf. (EB.) „So schnell wie möglich wollen wir in das Herz Deutschlands. Und das Herz Deutschlands ist Nordrhein-Westfalen. Wir wollen nach Nordrhein-Westfalen, um von dort aus den Kampf für den Frieden, den Kampf für die Einheit Deutschlands noch besser führen zu können."

Dies sagte Max Reimann am Samstagnachmittag bei dem Richtfest, zu dem sich die Bauleute am neuen Hause des Parteivorstandes der KPD in Düsseldorf versammelt hatten. Und mit dem Hinweis auf die Bewohner des Villenviertels, in dessen Mitte das neue Haus errichtet ist, und die des neuen Nachbarn wegen sich beunruhigt zeigen, erklärte Max Reimann: „Wir werden das demokratische Deutschland schaffen, und die Werktätigen werden sowieso in die Villenviertel kommen, ob heute oder später."

Max Reimann dankte den Arbeitern, den Technikern und dem Architekten für den Fleiß, den sie bisher bei der Errichtung des neuen Hauses des Parteivorstandes aufgewendet haben, und er bat sie, auch weiterhin alle Kraft dem Werke zu widmen, damit recht bald die Uebersiedlung des Parteivorstandes der KPD nach Düsseldorf erfolgen kann.

Vorher hatten in launiger Weise der Polier Manderscheidt und der Altgeselle Vierbaum gesprochen von ihrer und ihrer Kollegen emsiger Arbeit, die es zuwege gebracht hat, daß 37 Tage vor dem festgesetzten Termin das Haus im Rohbau fertiggestellt worden ist. Mit seiner Frontbreite von 35,70 Meter bei einer Tiefe von 11 Metern, mit seinen fünf Gelchossen (außer dem Keller) wird es in seiner Einfachheit den Anforderungen, die aus den wachsenden Aufgaben des Parteivorstandes entstehen, genügen.

Die zur Aufrichtung dieses Baues erforderlich gewesenen Mittel wurden und werden aufgebracht durch die Mitglieder der KPD. Ihnen erwächst nun die Verpflichtung, mit noch mehr Eifer für den Umsatz der Marke „Wir bauen unser Parteihaus" und für den Eingang freiwilliger Spenden zu sorgen. Denn dieses Haus ist ihr Haus, auf das sie und alle Werktätigen in Westdeutschland stolz sein können. Es soll es ihnen allen leichter machen, den Kampf für die Verteidigung des Friedens und für die Einheit Deutschlands zum Erfolg zu führen.

100 000 Unterschriften in Elsaß-Lothringen

Straßburg. (EB) Die Friedenskämpfer aus Elsaß und Lothringen teilen mit, daß sie bis jetzt 100 000 Unterschriften für die Aechtung der Atomwaffe gesammelt haben.

Die Zeitung „l'Humanité" schreibt dazu: Für die Moselle 55 000; für den Bas-Rhin 30 000; für den Haut-Rhin 15 000. Diese Resultäte zeigen in der Hauptsache, daß in denjenigen Ortschaften oder Betrieben, wo ernst und systematisch an die Arbeit gegangen wurde, Resultate bis zu 95 Prozent erreicht wurden, während dort, wo der Aufruf von Stockholm noch nicht ernstgenommen wurde, die Arbeit erst in den Anfängen ist. Dieses erste Resultat wird für sämtliche Demokraten ein neuer Ansporn sein, noch entschlossener für das Verbot der Atomwaffe, der Waffe des Grauens einzutreten.

Friedensmahnung von der Kanzel

Duisburg. (EB) Allen Bestrebungen zur Entfachung eines neuen Völkermordens aktiv entgegenzutreten, forderte der evangelische Pfarrer von Neuenkampf seine Gemeinde in einer Predigt auf. Im Hinblick auf die Remilitarisierungsmaßnahmen in Westdeutschland sei es sehr wohl mit dem christlichen Gewissen zu vereinbaren, „der Obrigkeit nicht untertan zu sein."

Im Streiflicht gesehen

Londoner schlafen auf Parkbänken

London. (dpa) Die Nacht vom Sonntag auf Montag war die heißeste, die London in diesem Jahr bisher erlebt hat. Die Temperatur, die am Sonntagabend 37 Grad Celsius betrug, stieg an einigen Orten bis zu den Morgenstunden noch auf 42 Grad. Eine große Zahl der Einwohner Londons verbrachte die Nacht auf Parkbänken. Auch an der britischen Südküste schliefen Tausende im Freien.

Todesurteil gegen acht SS-Männer bestätigt

Paris. (dpa) Das Oberste französische Berufungsgericht hat die Todesurteile gegen acht SS-Männer bestätigt, die für schuldig befunden worden waren, an der Ermordung von 77 Einwohnern des Dorfes Asc durch eine SS-Einheit im April 1944 teilgenommen zu haben. Die Verurteilten hatten Berufung eingelegt.

Der Ablehnung der Berufung kommt insofern eine erhebliche Bedeutung zu, als im Mordprozeß von Asc ein Teil der SS-Männer zum ersten und bisher einzigen Mal durch ein französisches Militärgericht auf Grund eines von der Nationalversammlung am 15. September 1948 verabschiedeten Gesetzes verurteilt wurden, das den Grundsatz der Kollektivschuld anerkennt. Die noch nicht erfolgte Durchführung zahlreicher Kriegsverbrechenprozesse gegen ehemalige Wehrmacht- und SS-Angehörige wurde bisher in zuständigen Kreisen teilweise mit dem Ausgang der Berufungsverhandlung im Falle Asc in Zusammenhang gebracht.

Gefängnisstrafen im Trierer Raubüberfall-Prozeß

Trier. (dpa) Die Große Strafkammer Trier verurteilte am Samstag die Angeklagten Benke und Zengerling, die am 29. Februar 1950 in der Posthilfsstelle Trier-Kürenz 17 000 DM Rentengelder gestohlen und einen Raubüberfall vorgetäuscht hatten, zu drei Jahre und sechs bzw. drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis.

Der Verbleib des Geldes, das Zengerling auf der Fahrt mit dem Rad von der Tatstelle bis zu seiner Wohnung verloren haben will, konnte in dem Prozeß nicht geklärt werden.

Schmalspurbahn entgleiste auf der Stuttgarter Gartenschau

Stuttgart. (dpa) Auf dem Gelände der „Deutschen Gartenschau" in Stuttgart entgleiste am Sonntagnachmittag eine der kleinen Schmalspurbahnen, mit denen die Besucher Rundfahrten durch die Ausstellung machen können. Dabei wurden 11 Personen leicht und eine Frau schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 1)

Besatzungskosten zahlen. Sie verhandeln mit dem Petersberg nur über das Abstellen von einigen „Schönheitsfehlern", um, wie Euler ausdrücklich betonte, der KPD-Propaganda kein Material zu liefern.

Unsere Genossin, Grete Thiele protestierte als Mutter und im Namen der Mütter nicht nur gegen die Verschleuderung dieser Milliardensummen (die wir für die Versorgung der Kriegs- und Arbeitsopfer dringend brauchen) für die Wiederaufrüstung Deutschlands, sondern sie verlangte die schnellste Beendigung der kolonialen Abhängigkeit. „Wir sind der Meinung", erklärte sie, „daß die Besatzungsmächte so schnell wie möglich verschwinden sollen, damit der Weg frei wird zu einem unabhängigen freien Deutschland, damit sich das deutsche Volk das eigene Haus nach seinen Bedürfnissen einrichten kann."

Adenauer aber und die Parteien, die ihn stützen (einschließlich der SPD-Führer) verlangen, daß die Besatzungsmächte auf unabsehbare Zeit in Westdeutschland bleiben, weil sie das wollen, führen sie nur Scheinmanöver gegen die anglo-amerikanische Politik zur Knebelung Westdeutschlands. General Robertson will nicht, daß über die Demontage von Watenstedt-Salzgitter öffentlich verhandelt wird, und Adenauer und die übrigen Anbeter der „Garantiemacht" parieren. Zum dritten Mal wurde die Behandlung der Frage Watenstedt-Salzgitter im Bundestag von der Tagesordnung abgesetzt.

Feinde der Jugend — Feinde der Umsiedler

Der imposante und disziplinierte Verlauf des Deutschlandtreffens der deutschen Jugend hat bei den Angloamerikanern einen Schock ausgelöst, wie uns aus Berlin zurückgekommene, von Jakob Kaiser dorthin dirigierte Journalisten versicherten. Die Zwischenfälle, die ihre jugendfeindliche Propaganda sich von diesem Treffen erwünschte und zu denen es in Berlin dank der vorbildlichen Haltung der 700 000 jungen Deutschen nicht kam, wurden an der Zonengrenze bei Lübeck von besatzungshörigen Polizeikommandeuren provoziert. Als Abg. Walter Fisch im Bundestag dagegen protestierte und schnellste Aufhebung der brutalen Polizeischikanen beantragte, die 10 000 Jungen und Mädel zwangen, ohne jeden Schutz unter freiem Himmel zu kampieren, höhnten die alten Nazis im Bundestag: „Schönes Wetter jetzt!" Die gleiche zum Kriege treibende Haltung zeigten die dem Petersberg verschworenen Fraktionen bei der Behandlung eines KPD-Antrages, den „ausgesiedelten Personen deutscher Volkszugehörigkeit" die deutsche Staatsangehörigkeit zuzuerkennen. Lukatschek, der vorgibt, für die Umsiedler zu sorgen, erklärte namens der Protektoratsverwaltung, sie lehne die Anerkennung der geforderten Gleichberechtigung ab, angeblich, um dadurch nicht die Friedensgrenze zwischen Polen und Deutschland anzuerkennen.

Als der eigentliche Sprecher der Kriegstreiber jedoch trat Eichler (SPD) auf, der Führer des trotzkistischen ISK. Eingedenk seiner Londoner Lehrjahre stellte er sich schützend vor Churchill, der am 27. Oktober 1944 im britischen Unterhaus „die Ausweisung sämtlicher Deutschen aus den an Polen fallenden Gebieten", gefordert hatte. Durch den KPD-Antrag, behauptete er, werde das Potsdamer Abkommen in die deutsche Gesetzgebung „hineingeschmuggelt". Er beantragte, zur Tagesordnung überzugehen.

Mit Recht stellte dazu unser Genosse Oskar Müller fest, die Erklärung Dr. Lukatscheks ist „ein Faustschlag in das Gesicht der Umsiedler". Eichler und Lukatschek und ihr Anhang haben verhindert, daß die Forderung der KPD, „die Umsiedler nicht nur als gleichberechtigte, sondern auch formell als deutsche Staatsbürger anzuerkennen", angenommen wurde. Doch ihre Gründe wurden von unserem Sprecher bloßgelegt. Das zum Kriege treibende Lager „braucht die Umsiedler im Zuge der großen propagandistischen Vorbereitung, die seitens der Westmächte unter Mithilfe der westdeutschen Separatregierung in dem Kampf gegen den Osten, gegen die Sowjetunion durchgeführt werden soll," als Kanonenfutter.

Kriegsvorbereiter belasten die Massen

Die Lasten der neuen Kriegsvorbereitung und die Lasten des zweiten Weltkrieges aber wollen die für diese Politik Verantwortlichen auf die werktätigen Massen abwälzen. Trotzdem die Protektoratsverwaltung durch Bundestagsbeschluß vom 4. November 1949 verpflichtet wurde, in allen ihren Dienststellen mindestens 10 v. H. der Stellen mit Schwerbeschädigten zu besetzen, teilte Staatssekretär Sauerborn, ausdrücklich dazu aufgefordert, mit, daß dort nur 365 Schwerbeschädigte oder 7,2 v. H. beschäftigt werden.

Ein Antrag, die Umlegung der erhöhten Grundsteuern auf die Mieter zu unterbinden, fand die bürgerlichen Parteien in einmütiger Abwehr, ebenso die Forderung, die Vollstreckung von Räumungsurteilen von der Stellung eines angemessenen Ersatzraumes abhängig zu machen. Der Entwurf eines Preisgesetzes will Erhard ermächtigen, ohne Befragen des Parlametns die Preise zu Ungunsten der Werktätigen festzusetzen.

Dieser Gesetzentwurf gehört schon zu den Maßnahmen, die aus dem Bonner Provisorium eine Dauererscheinung in der atlantischen Front machen sollen. Eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen und Anträgen dienen dem gleichen Zweck. So die Vorlage eines Gesetzes für den Verkehr mit Getreide, durch das der Ernährungsminister auch die Möglichkeit erhalten soll, den Brotpreis zu erhöhen. Auch wurde der Entwurf eines Volkszählungsgesetzes eingebracht.

Sorgt für starke KPD-Fraktionen

Der wichtigste Entwurf in der vergangenen Woche jedoch war ein Gesetz über die Zusammenarbeit der Länderpolizei mit dem Bund in Fragen des „Verfassungsschutzes." Dr. Greve, im Parlamentarischen Rat noch Mitglied der FDP, im Bundestag Mitglied der SPD-Fraktion, erklärte unmißverständlich, diese Vorlage richtet sich gegen das Bestreben des werktätigen Volkes geführt von der KPD, ein einiges, demokratisches Deutschland zu schaffen.

Walter Fisch blieb ihm und seinen reaktionären Gesinnungsgenossen die Antwort nicht schuldig. Die Verfassung des westdeutschen Separatstaates ist nur ein Provisorium, stellte er fest. Jedem steht das Recht zu, für die Ueberwindung dieses Provisoriums und für seine baldige Ablösung durch ein geeintes, unabhängiges und demokratisches Deutschland einzutreten. Wir wollen nicht, erklärte er, daß dieser westdeutsche Staat, der auf Geheiß ausländischer imperialistischer Herren errichtet wurde, auch nur einen Tag länger existiert, als es das jetzt bestehende Schutzverhältnis: Separatstaat-Westmächte garantiert und erzwingt.

Die Forderung Walter Fischs ist die Forderung aller Demokraten und aller Friedensfreunde. Sie können dieser Forderung Nachdruck verleihen, wenn sie bei den bevorstehenden Landtagswahlen dafür sorgen, daß in die Parlamente stärkere kommunistische Fraktionen als bisher einziehen. Pl.

Neues Angebot an die westdeutschen Gewerkschafter

Der Bundesvorstand des FDGB an den Bundesvorstand und die Bezirksvorstände des DGB

Berlin (EB) Um die Aktionsgemeinschaft der Gewerkschaften zum Kampf um den Frieden noch schneller herzustellen, richtete der Bundesvorstand des FDGB am 31. Mai 1950 ein persönliches Schreiben an alle Mitglieder des Bundesvorstandes und an alle Mitglieder der Bezirksvorstände des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Westdeutschland. Das Schreiben, das neben der Unterschrift der beiden Vorsitzenden und der Mitglieder des Sekretariats, die Unterschrift sämtlicher Mitglieder des Bundesvorstandes trägt, hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesvorstand des FDGB richtete am 10. Mai 1950 einen Brief an den Bundesvorstand des DGB, z. Hd. des Kollegen Dr. Böckler, in dem auf die drohende Gefahr eines neuen Krieges hingewiesen und eine gemeinsame Aktion für die Aechtung der Atomwaffe vorgeschlagen wurde. Dieser Brief wurde weder den Funktionären und Gewerkschaftsmitgliedern zur Kenntnis gebracht, noch wurde er bisher beantwortet.

Es wurde von uns angeregt, die Bundesvorstände des DGB und des FDGB sollten sich in einer gemeinsamen Erklärung an die UN wenden und sich im Interesse der deutschen Werktätigen für die Forderungen der Stockholmer Tagung des „Ständigen Ausschusses des Weltfriedenskongresses" einsetzen, für die bereits hunderte Millionen Menschen der Welt ihre Unterschrift gegeben haben.

Auch der Weltgewerkschaftsbund steht entschlossen in den Reihen der Kämpfer für den Frieden. So erklärte das Exekutivkomitee des Welt-Gewerkschaftsbundes, in einer Sitzung vom 17. bis 24. Mai 1950 folgendes:

„Wir, die Mitglieder des Exekutivkomitees des WGB, setzen unsere Unterschrift unter den Aufruf des „Ständigen Komitees des Welt-Friedenskongresses" und appellieren an alle Arbeiter und Angestellten, an die werktätigen Männer und Frauen aller Länder, mit ihrer Unterschrift dem Aufruf des „Ständigen Komitees" Nachdruck zu verleihen und damit ihrem unerschütterlichen Willen zur Verteidigung des Friedens Ausdruck zu geben.

Das Exekutiv-Komitee des WGB unterstützt damit vollinhaltlich den Aufruf des „Ständigen Komitees des Welt-Friedenskongresses", in dem folgende Forderungen erhoben werden:

1. Absolutes Verbot der Atomwaffe, die die Völker mit der schrecklichsten Massenvernichtung bedroht.
2. Einführung einer strengen internationalen Kontrolle um die Anwendung dieser Verbotsmaßnahme sicherzustellen.
3. Die Regierung, die als erste — gleich gegen welches Land — die Atomwaffe benutzt, begeht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ist als Kriegsverbrecher zu behandeln.

Wir begrüßen diesen Aufruf und die Stellungnahme des WGB und schlagen Euch vor, ein gemeinsamen Appell an alle Werktätigen Deutschlands zu richten und sie zur Unterschrift für die Forderungen „zum Kampf gegen die Atomwaffe und für den Frieden" aufzufordern.

Dagegen wahrt Eure demokratischen Rechte!

Das Bonner „Staatsschutzgesetz" soll die Herrschaft der Konzernherren sichern

Viele glaubten Herrn Dr. Adenauer, als er 1946/47 in öffentlicher Rede erklärte: „Der Kapitalismus in Deutschland ist tot", daß damit zugegeben wurde, daß das Monopolkapital, die Konzernherren ihre führende Rolle in der deutschen Politik ausgespielt hätten und nicht mehr zur Macht gelangen sollten. Gegen einen Toten braucht man nicht zu kämpfen. So erleichterte diese Parole der rechten SPD-Führung, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Darum gelang es den totgesagten Konzernherren — als sei es die selbstverständlichste Sache von der Welt — ihre führende Position in Westdeutschland wieder einzunehmen. Sie konnten mit Millionenbeträgen in den Wahlkampf eingreifen und den Parteien, die ihnen hörig sind, vor allem CDU und FDP, die Führung im Bonner Separatstaat sichern. Nun kommt es ihnen darauf an, diesen Spalterstaat der Kriegstreiber „für alle Zeiten" (noch ein tausendjähriges Reich) davor zu sichern, daß eine andere, vernünftigere, klügere Entscheidung der Wähler dieser Herrschaft der Monopole gefährlich werden kann. Genau wie 1933 will man zur offenen Diktatur übergehen, wenn die Wähler sich gegen die Politik der Monopole, gegen die Spaltung Deutschlands, für die Verteidigung der Demokratie und des Friedens entscheiden. Schon heute möchte man die Voraussetzungen schaffen, um den geplanten Polizeistaat dann als „verfassungsmäßig" bezeichnen zu können.

„Die Zeit", das Organ der westdeutschen Konzernherren, sagt das ganz deutlich: „In seiner ganzen Tiefe aber zeigt sich das Problem erst, wenn es sich darum handelt, den demokratischen Staat gegen eine sich zur Mehrheit entwickelnde Gruppe zu schützen, deren politisches Ziel es ist, die Demokratie zu beseitigen."

Politik ist nach ihrer Ansicht die Kunst des Erreichbaren, darum ist „Die Zeit" nicht zufrieden mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Strafgesetzbuches", das in Bonn von der Regierung Adenauer ausgearbeitet wurde. Und „Die Zeit", besser gesagt ihr Chefredakteur Richard Tüngel, lächelt darüber, daß man in Bonn „von den Sozialdemokraten links bis zur Bayernpartei rechts, um die deutsche Bundesrepublik zu schützen, nach Gesetzesbestimmungen verlangt, die an die Methoden Metternichs erinnern."

Der Polizeistaat Metternichs, auf den man hier anspielt, sollte die staatliche Ordnung der sogenannten heiligen Allianz vor den Bestrebungen des Liberalismus verteidigen — der Polizeistaat den die Herrn von Bonn aufbauen, aber soll die Herrschaft der reaktionären Teile des Finanzkapitals, die auch hinter Hitler standen, der Kriegsverdiener und Kriegsverbrecher im westdeutschen Separatstaat gegen die demokratischen Ziele der Werktätigen schützen. Denn nicht die Konzernherren, die sich mit den amerikanischen Imperialisten vereinigten, sondern die Werktätigen sind die Mehrheit des Volkes, sind die Grundlage jeder echten Demokratie.

Dieses Bonner Gesetz zum „Verfassungsschutz" aber unterstützt so eindeutig die Entwicklung der politischen Reaktion und die Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung, daß „Die Zeit" z. B. angesichts der Bestimmungen über Landesverrat sagt:

„Dies ist ein Kautschuk-Paragraph, mit dem sich in der Praxis wahrscheinlich sehr wenig anfangen läßt, weil er konsequent angewandt, zur Errichtung von KZ-Lagern für Kommunisten führen müßte."

Man weiß nun aber in Deutschland noch sehr gut, daß die KZ der Hitlerzeit nur angeblich gegen die Kommunisten allein geschaffen wurden. Sozialdemokraten und bürgerliche Politiker verschiedenster Richtungen, Bibelforscher und Pastoren, Unternehmer und Arbeiter, Offiziere und Soldaten, alle fanden sich dort wieder, in den Konzentrationslagern, alle, die demokratische Rechte für sich hatten in Anspruch nehmen wollen, alle die gegen den Krieg waren, der unseren Zusammenbruch bringen mußte.

Genau die gleichen Ziele verfolgt man heute in Westdeutschland. Die Reaktion, vertreten durch Adenauer und seine „Regierung", will Gesetze durchsetzen, die gegen alle demokratischen Kräfte gerichtet sind, sie will den Kampf gegen die Kriegstreiber und für die Verteidigung des Friedens schwächen, sie will alle Menschen treffen die im Kampf um ein einheitliches demokratisches Deutschland stehen.

Wenn alles so ablaufen würde, wie es die Kriegstreiber, Konzernherren planen, dann könnte sich das Spiel von 1933 bis zur Kapitulation 1945 wiederholen. Aber weil es eine so mächtige Weltfriedensbewegung gibt und weil das deutsche Volk den Frieden nötig hat und erkämpfen wird und weil die deutsche Jugend so machtvoll ihren Willen für Frieden, Einheit und echte Demokratie zu kämpfen demonstriert hat, darum wird der verbrecherische Plan des Großkapitals in Westdeutschland nicht gelingen. Die Werktätigen wissen, daß sie mit der Verteidigung ihrer demokratischen Rechte auch den Kampf um die einheitliche deutsche demokratische Republik und um den Frieden führen und daß sie ihn konsequent führen müssen, um ihn zu gewinnen.

E. M.

Entlarvte Lügen über das Deutschlandtreffen

Das Märchen von 349 Todesfällen ist eine glatte Lüge

Berlin (EB). Minister Steidel von der Deutschen Demokratischen Republik hat vor einer Reihe von geladenen Persönlichkeiten Ausführungen über die Lügenmeldungen, die in Westdeutschland über das Deutschlandtreffen verbreitet werden gemacht. Die Behauptung, bei Jena sei ein Omnibus umgestürzt und einige Insassen tödlich verunglückt, sei als eine glatte Lüge festgestellt worden. Alle Bewohner der dortigen Gegend hätten sich von der Unwahrheit dieser Behauptung überzeugt. Genauso unwahr sei, daß bei Cottbus 35 Berlinfahrer durch einen Verkehrsunfall ums Leben gekommen seien.

Ein einziger Verkehrsunfall sei in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße in Berlin erfolgt, wobei ein junges Mädchen infolge Unvorsichtigkeit von einem Lastwagen angefahren wurde. Sie sei ins Krankenhaus eingeliefert worden, aus dem sie nach ärztlichen Gutachten bereits in etwa vier Wochen wieder entlassen werden könne.

Minister Steidel nahm auch Stellung zu dem in Westdeutschland verbreiteten Lügen, daß von den Teilnehmern am Deutschlandtreffen „349 gestorben seien". Er legte eine eingehende statistische Aufstellung vor, aus der sich ergab, daß nur zwei Diphtheriefälle, einige Blasen- und Darmerkrankungen und mehrere Fälle von Erkältungen gemeldet worden sind. Bei den Erkältungsfällen handelt es sich meist um erkrankte Jugendliche, die durch das rücksichtslose Vorgehen der westdeutschen Polizei und Grenzer, stundenlang dem strömenden Regen bei kalter Witterung ausgesetzt waren. Minister Steidel erklärte, daß nirgendswo auch nur ein Fall von Typhuserkrankungen festgestellt werden konnte. Der Minister schloß seine Feststellungen mit den Worten: „Das ist die Wahrheit und die Wahrheit spricht für sich selbst.."

Sowjetunion will Getreideabkommen beitreten

Genf. (dpa.). Im UN-Wirtschaftsausschuß für Europa erklärte der sowjetische Delegierte Arutiunian, die Bereitschaft der Sowjetunion, an Verhandlungen über den Abschluß eines europäischen Getreideabkommens teilzunehmen. Arutiunian sagte, „die konkreten Vorschläge für ein Getreideabkommen finden in der Sowjetunion eine positive Antwort. Wir sind aber durchaus nicht sicher, daß die Vereinigten Staaten es den westeuropäischen Ländern gestatten werden ein derartiges Abkommen abzuschließen. Wenn sich jedoch das wirtschaftliche Interesse dieser Länder stärker erweist, als der amerikanische Druck, wird die Sowjetunion zur rechten Zeit imstande sein, sich an den Vorschlägen zu beteiligen und die Getreidebedürfnisse der Einfuhrländer auf einer Basis prüfen, die beiden Seiten zum Vorteil gereicht.

Liberalisierung ist Tod der Landwirtschaft

Otto Niebergall vertritt im Bundestag die Interessen der Bauern und Winzer

Bonn. (EB.) Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands hat der Bundestagsabgeordnete Niebergall das von der Adenauer-Regierung dem Bundestag vorgelegte Getreidegesetz in seiner jetzigen Fassung abgelehnt, weil „das Gesetz in seiner heutigen Gestalt sehr wenig mit den demokratischen, den nationalen und wirtschaftlichen Interessen der breiten Massen der Landwirtschaft zu tun hat".

Otto Niebergall sagte: „. . . es ist eine Blankovollmacht für Regierung und Großgrundbesitz, für die wirtschaftlich Mächtigen, es ist ein Ermächtigungsgesetz . . .

Alles, was die Regierung für sich in Anspruch nimmt, wird in diesem Gesetz großgeschrieben und fest umrissen, alles, was im Interesse der breiten Massen der Bauern liegt, wird in diesem Gesetz klein geschrieben und ist nicht scharf umrissen, sondern ist in Worte gefaßt: „Man kann, man soll".

Aber Niebergall machte auch Vorschläge, wie man der Landwirtschaft helfen kann. Er forderte die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die Senkung der Steuern, die Herabsetzung der Industriepreise, eine Kredithilfe und Schluß mit der „Liberalisierung".

„Die Liberalisierung ist der Tod der deutschen Landwirtschaft", erklärte Niebergall und führte als Beispiel die schlechte wirtschaftliche Lage der rheinischen Winzer an, die durch die Einfuhr von ausländischen Weinen katastrophal wird. Niebergall wendet sich zum Schluß an den westdeutschen Bauer und sagt: „Wenn den Bauern geholfen werden soll, dann ist es notwendig, daß sie mit den Arbeitern, mit den Werktätigen gemeinsam in einer Front marschieren.

600 Millionen Dollar Ausfall an Devisen

Stuttgart. Das führende westdeutsche Wirtschaftsorgan, die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" in Stuttgart befaßt sich in einem Artikel mit den diskriminierenden Konkurrenzverboten für den westdeutschen Osthandel, dem wir folgende Auszüge entnehmen:

„Während unsere Nachbarn die Zeit nutzen, um ihre Position auf den Märkten des Ostens zu festigen, ist es Westdeutschland versagt, die früher bestehenden Möglichkeiten des Ausgleichs einer Handelsbilanz in Gegenwart und Zukunft zu nutzen. Ende Januar 1950 hat das Bundesministerium für den Marshallplan eine vorsichtige Schätzung über den Ausfall an Devisen angestellt, den die Unterbindung des Handels mit dem Osten für Westdeutschland nach sich zog: er beläuft sich, in heutigen Preisen berechnet, auf vielleicht 600 Millionen Dollar. Gegenüber 1938 ist die deutsche Ausfuhr nach Ost- und Südosteuropa heute auf ein Fünftel gefallen, die der anderen westeuropäischen Länder aber auf 150 Prozent gestiegen. Hinzu kommt, daß selbst der Binnenhandel in Deutschland auf ein Minimum, nämlich von einer Milliarde Dollar auf höchstens 100 Millionen Dollar im Jahr gesunken ist. Fest steht, daß die formalen Vorschriften und die besonderen handelspolitischen Umstände die Westzone mehr als Ostdeutschland an einer Vergrößerung des Handelsvolumens hindern. So wie die Dinge liegen, wird sich nicht vermeiden lassen, daß die Wirtschaft selbst sich ihre Handelswege sucht und sich nicht an die in Formvorschriften erstickenden Behörden kehrt. Sollte sich eine befriedigende amtliche Lösung nicht finden lassen, so muß man damit rechnen, daß der Handel seinen eigenen Weg geht."

Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre!

„Mitteilungsblätter für Arbeit und Sozialpolitik", Nr. 4, Jahrgang 1950, ist erschienen. Fordert es in Euren Gruppen!

Parteivorstand der KPD
- Abteilung Arbeit ud Sozial -

Ausschluß aus der KPD

Herbert Fehr, geb. 23. Febr. 1924, wohnhaft in Ersingen, Kr. Pforzheim, wurde mit sofortiger Wirkung aus der KPD ausgeschlossen. Der Genannte hat sich als ein williges Werkzeug des Klassenfeindes entpuppt. Er ist wiederholt in provokatorischer Weise aufgetreten und hat die Partei nicht nur belogen und betrogen, sondern zuletzt auch noch bestohlen. Wir warnen alle Ortsgruppen der Partei vor diesem Subjekt.

Landessekretariat der KPD
Württemberg-Baden

Westdeutsche Jugenddelegation besucht Brandenburg

Potsdam. (EB) 60 Mitglieder der FDJ aus Westdeutschland besuchten am Donnerstag die Volkswerft „Ernst Thälmann", das Schlepperwerk in Brandenburg-Havel, sowie das Kraftwerk Lauda im Kreis Calau. Die westdeutschen Gäste wurden von den Werktätigen und der Betriebsjugend herzlich empfangen.

Der Leiter der westdeutschen Jugenddelegation sprach bei den Absolventen der Volksrichterschule in Babelsberg über die wirtschaftliche Lage in den Westzonen. Die werktätige Bevölkerung Westdeutschlands, erklärt er weiter, erkennt immer mehr, daß die demokratische Wirtschaftsplanung in der DDR den Lebensstandard der Bevölkerung ständig hebt, und daß in diesen Teilen Deutschlands der Aufbau zum Wohle der gesamten Bevölkerung durchgeführt wird.

Vor den Werktätigen des volkseigenen Stahl- und Walzwerkes Henningsdorf berichteten die westdeutschen Jugendlichen, daß in Westdeutschland die Zahl derer von Tag zu Tag wachse, die zu den Zielen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands stehen. Die Werktätigen des Stahlwerkes trugen den Jugendlichen solidarische Grüße für die Arbeiter in Westdeutschland auf und versicherten ihnen, daß insbesondere die schaffende Jugend in der Republik den Kampf ihrer westdeutschen Freunde gegen Spalter und Kriegstreiber mit aller Kraft weiter unterstützen werden.

Wahlmanöver

Bonn. (EB) Die Frage des Zeitpunkts der Verhandlung des Beitritts Westdeutschlands zum Europa-Rat im Bundestag ist zur Zeit Streitobjekt zwischen der Führung der CDU und der der SPD. Die CDU-Führung möchte die Frage in der Woche vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen behandelt wissen. Sie hofft, daß durch ein daraufhin am 17. Juni gespendetes gnädiges Lob der Kolonialherren sich ihre Wahlchancen am 18. Juni verbessern. Genau das entgegengesetzte Interesse hat die SPD-Führung. Sie hat sich, noch zuletzt in Hamburg, gegen den Beitritt in den Europa--Rat zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Das bedeutet allerdings nicht, daß die SPD-Fraktion im Bundestag auch gegen den Eintritt stimmen will. Jedoch, um die Wähler nicht zu verwirren, darf das nicht vor dem 18. Juni geschehen. Deshalb versucht die SPD im Aeltestenrat des Bundestages, die Entscheidung über den Beitritt zum Europa-Rat bis nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu verschieben. Ihr Antrag, die Verhandlungen am 6. Juni beginnen zu lassen, ist nur ein taktisches Manöver, da sie weiß, daß das von der Regierungskoalition mit Unterstützung der Bayernpartei und der WAV verhindert werden wird.

FDP erweckt Illussionen

Bonn. (EB) Der ungeheure Wohnungsbedarf hat die FDP-Fraktion des Bundestages veranlaßt, einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer Körperschaft öffentlichen Rechts mit dem Namen das „Deutsche Wohnwerk" einzureichen. Die aufzubringenden Sparbeträge sollen von einem privatkapitalistischen Kuratorium verwaltet und von ausgesuchten privaten Bauunternehmen zur Erstellung von Wohnungen benutzt werden.

Wir sind der Meinung, daß der vorliegende Gesetzentwurf nur Illussionen erzeugen kann, erklärte Abg. Hugo Paul (KPD) in der ersten Beratung. Ich warne in Anbetracht des wirtschaftlichen Zustandes Westdeutschland davor, auf diese Art Menschen Wohnungen zu versprechen, die man ihnen nachher gar nicht geben kann. Eine erhöhte Spartätigkeit hängt doch in erster Linie von der Höhe der Löhne und Gehälter und der Höhe der Lebenshaltungskosten ab. Ihr gegenseitiges Verhältnis ist heute so, daß den breiten Massen nicht sehr viel zum Sparen mehr übrig bleibt und vor allem nicht solch große Summen, wie sie hier verlangt werden. Der Entwurf muß darum in den Ausschußberatungen eine gründliche Aenderung erfahren.

Regierungspartei verteidigt die Nazis

Bonn. (EB) Bei der Beratung eines Gesetzentwurfes, der im Mieterschutzgesetz die alte Verpflichtung wiederaufnehmen will, daß Zwangsexmittierungen nur durchgeführt werden dürfen, wenn dem Mieter eine angemessene Ersatzwohnung gesichert wird, veranlaßte den FDP-Abgeordneten Schneider zu einer Verteidigung der Nazigesetzgebung. Wenn die Nazis diese Bestimmung aufgehoben haben, erklärte er, muß das seine „guten Gründe" gehabt haben und „es war ganz vernünftig". Woher, fragte er, soll der Vermieter heute irgendjemand eine Ersatzwohnung stellen können, wenn er selbst in dessen Wohnung will.

Für die KPD erklärte Hugo Paul: Es wundert uns gar nicht, daß der Vertreter einer bürgerlichen Partei hier volksfeindliche Anordnungen und Maßnahmen der Nazis als sehr vernünftig bezeichnet. Die Aufhebung der umstrittenen Bestimmung im dritten Reich richtete sich gegen die breite Masse. Ihre Wiedereinfügung in das Mieterschutzgesetz ist notwendig. Wir sind der Meinung, daß man nicht dulden darf, daß aus irgendwelchen persönlichen oder Privateigentums-Gründen Mieter auf die Straße gesetzt werden können, ohne daß ihnen eine angemessene Ersatzwohnung gestellt wird. Wir haben heute einen so großen Notstand, daß wir verpflichtet sind, für den Schutz der betroffenen Bevölkerungsschichten ganz energisch einzutreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

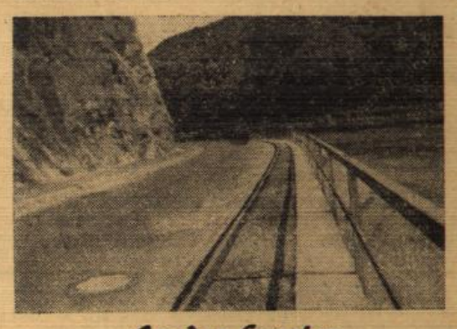
DER KAMPF UM DEN FRIEDEN KENNT KEINE PAUSE

Was geht am deutschen Rhein vor?

Bericht über die Kriegsvorbereitungen an der Loreley — Unsere Heimat soll Todeszone werden

Koblenz (EB.) Unsere Redaktion erhielt in diesen Tagen eine Zuschrift von einem Heimkehrer der am Himmelfahrtstag eine Rheinwanderung unternahm. Der Heimkehrer machte dabei — wie er uns mitteilt — Feststellungen über umfangreiche Kriegsvorbereitungen auf der rechten Rheinseite. In seinem uns zugesandten Bericht teilt er folgendes mit:

„Die Sehnsucht, den schönen deutschen Rhein nach langen Jahren zurückliegender Kriegs- und Gefangenenzeit wiederzusehen, trieb mich am Himmelfahrtstag zu einer Wanderung in die Gegend zwischen Caub und St. Goarshausen. Die vielbesungene Loreley war das Zeil meiner Wanderung. Tausende von Wanderern, zu Fuß und per Rad, begegneten mir. Auf dem Rhein sah ich wie in früheren Jahren schmucke Rheindampfer ihre Bahn ziehen. Lachende und singende Menschen winkten den Wanderern am Ufer zu. Und auch ich konnte mich dem beglückenden Gefühl, fröhlich und munter meines Weges ziehen zu können, nicht entziehen.



An der Loreley

Sprengkammern in der Landstraße

Und doch blieb ich plötzlich erstaunt und zugleich zu tief erschrocken stehen. Am Fuße der Loreley beiderseits längs der sich dicht am Rheinufer entlang ziehenden Landstraße sah ich neuangelegte Schächte. Ich zählte 22 in gleichen Abständen von einigen Metern beiderseits des Straßenrandes. Meine Neugierde wuchs, denn eine dumpfe Ahnung sagte mir, daß diese Schächte eine besondere Aufgabe zu erfüllen haben. Wußte ich doch aus meiner Zeit als Soldat in der faschistischen Wehrmacht, daß solche Anlagen auch von uns angelegt wurden, um an besonders strategisch wichtigen Stellen Sprengungen größten Ausmaßes durchzuführen.

Was die Bevölkerung erzählt

Was mich aber mit Grauen und Entsetzen erfüllte, war die Vielzahl dieser Sprengschächte. Meine Erregung über diese Entdeckung stieg. Ich fragte in St. Goarshausen und Caub einheimische Ortsbewohner. Und dort erfuhr ich folgendes:

„Mitte April erschienen Offiziere, die Vermessungsarbeiten auf den Straßen vornahmen. Nicht nur längs der Loreley, auch bei Caub und in den Rheintälern, die sich von Caub und St. Goarshausen rechtsrheinisch in das Nassauer Land erstrecken. Die Bevölkerung hatte bald erkannt, um was es ging und nannte die fremden Offiziere „Todesboten". Denn schon nach wenigen Tagen erschienen Baufirmen aus St. Goarshausen und anderen Rheinorten mit Maschinen und Bohrgeräten. Rammböcke wurden errichtet. Steinbohrer rissen die harten Felsengesteine auf. Als Arbeiter die Aufnahme dieser Arbeit, die der Zerstörung ihrer Heimat dienen sollte, verweigerten, wurden sie von den Arbeitsämtern dienstverpflichtet. Genau wie bei Hitler wurden sie gezwungen, ihre Arbeitskraft für Kriegsvorbereitungen herzugeben. Tag und Nacht ratterten die Maschinen und surrten die Bohrmaschinen. Nicht nur an der Loreley, auch in den Rheintälern von Caub und St. Goarshausen bis in den herrlichen Taunus hinein."

Das Rheintal soll untergehen

Das erzählten mir die Leute. Entsetzen packte mich. Ich sah im Geiste die grenzenlosen Zerstörungen vor mir, die die deutschen Faschisten bei der Sprengung des größten Stauwehrs von Dnjeprostroy in der sozialistischen Sowjetunion verursacht hatten. Ich erinnerte mich an den grauenvollen Bericht, den meine Schwester mir 1944 in einem Brief an die Front mitteilte, in dem sie die schrecklichen Verheerungen schilderte, die bei der Zerstörung der Edertalsperre durch anglo-amerikanische Bomber bis ins Ruhrgebiet entstanden und bei denen Hunderte von Menschen und Tausende von Tieren einen grauenvollen Ertrinkungstod fanden. Ich dachte daran, daß das blühende Rheintal und die gesegnete rheinische Tiefebene schon einmal vor Jahrmillionen ein riesiges Binnenmeer gewesen war. Entsetzt hielt ich die Hände vor mein Gesicht. Sollten die Hunderttausende von glücklichen Menschen, die singenden und springenden Kinder unseres herrlichen Rheintals in einem plötzlich entstehenden Riesen-Stausee ertrinken? Sollte es wahr werden, was wahnsinnige und verbrecherische Gehirne von Kriegstreibern jenseits des Ozeans planen: Unsere Heimat soll eine Todeszone werden?

Denn die Anlage solcher zahlreichen Sprengschächte konnte nur einem Ziele dienen: den Loreleyfelsen in den Rhein zu stürzen und die Seitentäler zuzuschütten, damit sich die Wassermassen des Rheins zu einem riesigen Binnensee bis Bingen oder Mainz anstauen müssen.

Mein Weg führt mich mit anbrechendem Abend wieder nach Hause. Doch in mir ist ein brennendes Gefühl des Hasses und des Zorns gegen all jene, die ein solches Verbrechen gegen unsere Heimat planen. In gerechtem Zorn balle ich meine Faust. Ich kann meine Feststellung nicht für mich behalten. Ich muß sie hinausschreien in die Welt. Ich muß die ahnungslosen Millionen unseres Volkes, die friedliebenden Menschen unseres französischen Nachbarn, mit dem wir gemeinsam mit allen anderen friedliebenden Völkern in Frieden leben wollen, warnen. Ich muß ihnen zurufen, den Kampf für den Frieden, den Kampf für ihr eigenes Leben, das durch diese verbrecherischen Kriegsvorbereitungen gefährdet ist, zu führen.

Rettet die Heimat – sichert den Frieden

So lautet dieser erschütternde, aber auch grauenvolle Bericht des Heimkehrers, dessen Richtigkeit uns durch Augenzeugenberichte bestätigt wurde. Sein Ruf an die friedliebenden Kräfte unseres Volkes darf nicht ungehört bleiben. Sein erschütternder Bericht ist ein Mahnruf an Alle. Größer denn je, sind die Absichten der imperialistischen Kriegstreiber, die Welt in ein neues Blutbad zu stürzen. In ein Blutbad, bei dem Hundert von Millionen deutscher, französischer, belgischer und holländischer Männer, Frauen und Kinder sterben müßten. Doch Kriege werden von Menschen gemacht. Und Kriege können auch von Menschen verhindert werden.

Noch nie war die Front des Friedens so stark gewesen, wie gegenwärtig. Ueberall sammeln sich die Kämpfer für den Frieden, um den Ausbruch eines grauenvollen dritten Weltkrieges zu verhindern. So wie die französischen und italienischen Werktätigen die Ausladung von Kriegsmaterial verhindern, so müssen auch die Werktätigen in Westdeutschland den Kampf für den Frieden aktiv und gemeinsam im Betrieb und auf der Straße führen. Das mutige Beispiel der französischen Frauen, die den Transport von Kriegsmaterial verhindern, muß den deutschen Frauen Ansporn zum Handeln sein.

Gemeinsam mit allen Kämpfern für den Frieden in der Welt müssen wir unsere Stimme für das Verbot der Herstellung von Atombomben, für die Vernichtung der vorhandenden Atombomben und für die Aechtung der Atom-Kriegstreiber führen. In den Friedenskomitees müssen wir uns die Waffe schaffen, um gemeinsam mit allen Menschen, die guten Willens sind, den Krieg zu verhindern. In diesem großen Kampfe um das Leben kann es keinen politischen Meinungsstreit geben. Kommunisten, Parteilose, Sozialdemokraten und Christen müssen alles Trennende beiseite stellen. Der Kampf um den Frieden ist höchstes und erstes Gebot aller ehrlichen Menschen in unserem schwer geprüften Vaterland.

Das Kriegstreiben im Teutoburger Wald

13 ha zehn- und zwölfjähriger Kiefer- und Lärchenschonungen unter der Axt

Wie die Fangarme riesiger Polypen, so klammern sich die nicht allzu breiten, nagelneuen, schwarz-grauen Asphaltstraßen um das Land in der Senne zwischen Augustdorf — Lopshorn und Oesterholz — Haustenbeck; — jenem Haustenbeck, dessen Häuserruinen noch heute immer wieder Bombenangriffe britischer Bomber über sich rollen lassen müssen; — jenem Haustenbeck, in dem heute, fünf Jahre nach Ende des räuberischen Krieges der deutschen Faschisten britische Granaten „zu Uebungszwecken" bersten.

Dieses Kriegstreiben in der Senne führte zur wesentlichen Vergrößerung des alten nazistischen Truppenübungsgeländes. Dieses Kriegstreiben hat Angst und Empörung unter der betroffenen Bevölkerung in der Senne ausgelöst. Es hat aber auch die verantwortungsbewußten deutschen Männer u. Frauen auf den Plan gerufen, die mit schärfstem Protest auf das kriegerische Unterfangen der Besatzungsmacht in der Senne hinwiesen, die energisch die Erhaltung dieses herrlichen Fleckchens Natur für unsere wandernde Jugend, für unsere kranken und genesungsuchenden Menschen forderten.

Die Protestwelle wurde allgemein. — Die Besatzungsmacht gab eine Erklärung: Der Truppenübungsplatz Senne am Teutoburger Wald bleibt auf das Gebiet von 1945 beschränkt. Die bürgerliche Presse erweckte mit dieser Meldung neue Hoffnung — vielleicht — — —? Aber schon wurden andere Stimmen laut, noch warnender, noch eindringlicher. Das von der Besatzungsmacht 1945 beschlagnahmte Gebiet unterscheidet sich praktisch in nichts von dem, das in den letzten Wochen und Monaten zum Kriegstreiben ausgebaut wird. Es raubt nach wie vor wesentliche und die schönsten Wander- und Erholungsgebiete des Teutoburger Waldes der deutschen Bevölkerung.

Der Bürgermeister von Detmold, Dr. Moes, erklärt auf einer Pressekonferenz: „Was über diese Frage in der Zeitung stand, sieht nach etwas aus, in Wirklichkeit ist es aber nichts. 1945 wurde nämlich wesentlich mehr beschlagnahmt als später tatsächlich als Schießgelände gebraucht wurde. In diesem Zusammenhang fällt also die Erklärung über eine Einschränkung kaum ins Gewicht."

Die ersten Strahlen der Maisonne berühren eben das saftige, junge Grün der Buchen und Eichen im Teutoburger Wald. Kein Mensch bewegt sich auf den schwarz-grauen Asphaltstraßen, die für Panzer, Geschütze, Kriegsfahrzeuge aller Art, die für die Eindrillung des Kriegshandwerks soeben hergestellt sind, als wir uns in das betroffene Gebiet der Senne begeben. — Wie mahnende, dürre Finger, zeigen die geöffneten Straßenschranken in den Himmel: „Nr. 17" — „Nr. 18". Alle paar Kilometer, an Straßengabeln, an Kreuzungen tauchen sie auf, diese Schranken mit ihren runden Nummernschildern. Links geht ein Weg ab, den die geschlossene Schranke versperrt. Auf ihr knattert im Morgenwind eine rote Warnflagge. Hinter ihr wird Krieg geübt.

An der rechten Straßenseite schafft eine Gruppe von 20 bis 30 Frauen in einem Kahlschlag. Aus der Erde gerissene Wurzeln Baumstümpfe, verzerren das sonst so ruhige Gesicht des Geländes. Die Frauen mußten von weither mit Rädern nach hier kommen. Wir gelangen in den Bereich der Schußbahn „Sollum". Mit Schildern ist die Länge der Bahn markiert: „SOLLUM — LEFT ARC OF FIRE", heißt es auf einem Schild. Zwischen Abschußbasis und Einschlaggelände liegt die „Kammersenne". Rund 13 Hektar umfaßt ihr Bestand an 12- bis 18jährigen Kiefern und Fichten. Unter größten Mühen und mit einer Unsumme von Schweißtropfen wurde dieses dünne Sandgebiet bepflanzt, um damit den Sennebauern zu helfen, dem kargen Boden der eingestreuten Felder das tägliche Stück Brot abzuringen.

Der Kammersenne schließt sich das ebenfalls rund 13 Hektar große „Räkerholz" an. Es ist unser Ziel. Mit der Erklärung der Engländer über die Inanspruchnahme des Gebietes von 1945 und der mit ihr verbundenen unwesentlichen Verkürzung der Schußbahn „Sollum" werden dem Räkerholz neue, grauenhafte Wunden geschlagen. Das ganze Räkerholz besteht aus zehn- bis zwölfjährigen Kiefern-, Fichten- und Lärchenbeständen. Es sind eben aufblühende Schonungen, die jetzt der Axt zum Opfer fallen. Am Tage nach dem Weltkampftag der Arbeiter, der unter der Losung des Völkerfriedens stand, — dem 1. Mai — mußten Waldarbeiter mit diesem frevelhaften Vernichtungswerk für Kriegsübungen beginnen. Ihre Gewerkschaft erklärte nach dem Vernichtungsbefehl der Besatzungsmacht, als die Waldarbeiter die Frage der Verweigerung des Vernichtungsbefehls stellten, wenn es befohlen ist, wird es durchgeführt! —

Am Rande der Waldwege des Räkerholzes, in die sich unverkennbar die Profile schwerer Kriegsfahrzeuge eingeprägt haben, sind raummeterweise frisch geschälte Grubenhölzer aufgestapelt — ausgesuchtes Holz von jungen Bäumen, deren Stärke schon für diesen Zweck dienlich ist. — In der Spitze dieser Schonung sind die ersten Bäumchen gefällt. Ihnen schließt sich eine Lärchenschonung an. Auch in ihr liegen die ersten Stämme am Boden. Man hat es aber nicht übers Herz gebracht, das Vernichtungswerk unter den Lärchen fortzusetzen. Brennend, braunrot hat sich das eben ausgeschlagene Lärchengrün der gefällten Stämme verfärbt — Ein greller Mißklang im frischen Frühlingsgrün. — Jetzt stehen wir vor einer der durchgeholzten 40 Meter breiten Schneisen. Tausende und aber tausende mühselig gezogener Kiefernstämmchen — kaum zehn Jahre sind sie alt — liegen abgeholzt umher. Brauchbare Stämme für Grubenholz werden ausgesucht, die Bevölkerung kann vom übrigen holen, der Rest wird verbrannt.

13 Hektar Schonung im Räkerholz unter der Axt. — Das gleiche Schicksal schwebt drohend über der Kammersenne. — Das ist die Auswirkung der „Einschränkungserklärung" der Besatzungsmacht nur für den Bereich der Schußbahn „Sollum". — Kaum fünf Jahre ist der todbringende Lärm des zweiten Weltkrieges verstummt, und schon wieder wird zum neuen Krieg gerüstet. — Ist Westdeutschland Kriegsübungsplatz — soll Westdeutschland Waffenarsenal und -Schmiede werden. — Deutsche Handlanger und Monopolisten machen dieses Treiben mit — wittern Profit in Blut, Grauen, Vernichtung und Tränen. — Das muß verhindert werden. Es würde das Ende des deutschen Volkes bedeuten. Die Welt muß von unserem Protestschrei erbeben: Besatzung, verschwinde! — Wir wollen in Frieden mit allen Völkern leben! — Deshalb müssen wir eine geschlossene Kampffront für den Frieden sein — um unseres Volkes willen!

Es geht um die Zukunft der Menschheit

Im Kampf für den Frieden kann es keine neutralen Positionen geben

Im Rahmen der außenpolitischen Uebersicht schreibt Korionow in der „Prawda":

Zwei Monate sind seit dem Tage vergangen, an dem sich die Stockholmer Tagung des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses an alle Menschen guten Willens mit dem historischen Appell wandte, den Aufruf zu unterzeichnen, in dem das Verbot der Atomwaffe verlangt und gefordert wird, diejenige Regierung, die die Atomwaffe als erste anwendet, zum Kriegsverbrecher zu erklären.

Der Kampf für das Verbot der Atomwaffe wurde zum wichtigsten Glied in der gesamten Kette der Maßnahmen zur Festigung des Friedens. Es gilt die Werktätigen aller Länder zum Kampf für das Verbot der Atomwaffe zu mobilisieren, die Wissenschaftler, Kultur- und Kunstschaffenden, Vertreter des gesellschaftlichen und des politischen Lebens in diesen Kampf einzubeziehen, den Atomerpressern zu zeigen, daß die gesamte fortschrittliche Menschheit gegen sie ist. Es gilt die Kriegsbrandstifter zu warnen, daß die Völker alle diejenigen, die es versuchen werden, von der Atomwaffe Gebrauch zu machen, strengstens bestrafen.

Dies ist der Weg, der heute zur Aufrechterhaltung des Friedens führt. Die Kampagne zur Sammlung von Unterschriften unter den Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses breitet sich immer mehr aus und verstärkt sich. Die dieser Tage in Budapest abgeschlossene Konferenz führender Funktionäre der internationalen Gewerkschaftsvereinigungen hat den Aufruf der Stockholmer Tagung wärmstens unterstützt. Außer dem Weltgewerkschaftsbund, der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, dem Demokratischen Weltjugendbund, dem Internationalen Studentenbund haben noch verschiedene andere internationale Organisationen den Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses unterstützt und ihre Mitglieder aufgerufen, sich der Forderung auf Verbot der Atomwaffe anzuschließen. Unter anderem schlossen sich in den letzten Wochen dem Stockholmer Aufruf folgende Organisationen an: Die Internationale Föderation ehemaliger politischer Häftlinge und die Internationale Vereinigung der demokratischen Juristen.

Zur Zeit stellen sich die Friedenskämpfer die Aufgabe, sich nicht auf die Sammlung einer möglichst großen Zahl von Unterschriften unter den Aufruf zu beschränken. Heute gilt es, von denjenigen eine Erklärung zu fordern, die sich weigern, ihre Unterschrift unter den Aufruf über das Verbot der Atomwaffe zu setzen. Im Kampf für das Verbot der Atomwaffe kann es keine neutralen Positionen geben. Es geht um die Zukunft der Menschheit, um das Leben von hunderten Millionen Menschen, um das Schicksal der Zivilisation. Eben deshalb fordern die Friedenskämpfer mit vollem Recht von jedem Parlamentsmitglied, jedem Akademiemitglied, Schriftsteller, Gewerkschaftsfunktionär, von jedem Funktionär der Bauern- und Handwerkerorganisationen, von jedem Kulturschaffenden und Geistlichen, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit, seinen politischen Ueberzeugungen und seinem Glaubensbekenntnis, seine Stellung zum Aufruf des Ständigen Komitees eindeutig kundzutun. Sie fordern mit Recht, daß diejenigen, die sich weigern, den Aufruf zu unterzeichnen, die Motive ihrer Weigerung öffentlich darlegen.

Millionen einfacher um den Frieden kämpfender Menschen wollen wissen, mit wem die Gelehrten, die Schriftsteller, die Kunstschaffenden, die Parlamentsabgeordneten und die Geistlichen gehen: mit denjenigen, die den Frieden anstreben und aktiv den Frieden verteidigen, oder mit denen die einen neuen Krieg vorbereiten.

Die Jugend von Hiroshima spricht zur Weltjugend

Die Jugend Hiroshimas und Nagasakis hat an die Weltjugend einen erschütternden Appell zum Verbot der Atombombe gerichtet, in dem es heißt:

„Nahezu fünf Jahre sind vergangen, seit die Atombombe unser Land in eine Wüste verwandelt hat. Aber wir haben in unseren Herzen einen lebendigen und wachsenden Haß gegen die Atombombe bewahrt, die im Verlaufe eines Augenblicks unsere Eltern, unsere Brüder und unsere Schwestern getötet hat.

Wir selbst sind dem Tode um Haaresbreite entronnen, aber wir haben mitansehen müssen, wie sich Hiroshima in ein Flammenmeer verwandelte. Die ganze Stadt brannte viele Tage lang. Junge Mütter verbrannten mit ihren Säuglingen auf dem Arm. Die Atombombe brachte die Hölle auf Erden.

Die beiden abgeworfenen Atombomben vernichteten Hunderttausende von Menschenleben, zerstörten unsere Heime und unsere Felder. Junge Mädchen und junge Männer der ganzen Welt, hört unseren Appell, den Appell derer, die die Schrecken der Atombombe aus eigener Anschauung kennen. Unterzeichnet alle den Appell von Stockholm, den Aufruf der Friedens und des Lebens!"

17 Millionen Polen unterzeichneten Friedensappell

Warschau. (EB.) Der Stockholmer Aufruf des Weltfriedenskongresses zum Verbot der Atomwaffen ist bereits von 17 Millionen Polen, das sind 90 Prozent aller Unterschriftberechtigten, unterzeichnet worden.

Die Händler des Todes sprechen von neuen Blutgewinnen

Die französische Zeitung „Libération" schreibt in ihrer Ausgabe vom 15. Mai:

„Das „Wall Street Journal" ist die offizielle Zeitung der amerikanischen Finanzgewaltigen. Und Hubert Howard ist einer ihrer wichtigsten Vertreter: er ist Präsident des Rüstungskomitees der Vereinigten Staaten.

Wie jeder „businessman" mit Selbstachtung führt er eine deutliche Sprache. So berichtet zum Beispiel das „Wall Street Journal", daß Howard auf einer vor kurzem abgehaltenen Konferenz vor dreihundert Industriellen ganz unverblümt erklärt hat: „Im Falle eines Krieges würden die amerikanischen Industriellen sofort Rüstungsaufträge im Werte von 17 Milliarden Dollar erhalten." Er fügte hinzu, daß seiner Meinung nach „die amerikanische Armee in einem eventuellen Konflikt im Laufe der ersten sechs Wochen Aufträge im Werte von 41 Milliarden Dollar vergeben würde."

Er kam zu der Schlußfolgerung, daß er sich angesichts der gegenwärtigen gespannten Lage verpflichtet fühle, ein „genaues Programm" aufzustellen."

Wir sind alle von der Atombombe bedroht

43 französische Jugendorganisationen aller Richtungen rufen die Jugend auf, den Appell von Stockholm zu unterzeichnen

Das Büro der französischen patriotischen Vereinigung der Jugendorganisationen, das 43 Organisationen umfaßt, veröffentlicht folgende Zustimmungserklärung zum Appell von Stockholm:

Liebe Freunde!

Jeden Tag sprechen Rundfunk, Zeitungen, Staatsmänner von Krieg und von der Aufrüstung.

Deshalb ist es unseren Völkern bange, und für uns Jungen scheint die Zukufnt finstere Tage zu bereiten. Wir aber möchten eine neue und schönere Welt mit Begeisterung aufbauen.

Wir sind vor allem von der Atombombe bedroht.

Das Büro der patriotischen Vereinigung der Jugendorganisationen, welche die Jugend Frankreichs vertritt, richtet sich an euch Junge aus dem Auslande und junge Franzosen.

Erinnern wir uns, daß im Jahre 1945 in Hiroshima in wenigen Minuten 200 000 Menschen einer einzigen Bombe zum Opfer fielen.. Seither verkündet man, daß diese Bombe verbessert wurde, daß sie noch tausendmal schrecklicher ist, und große Gelehrte erklären, daß die gesamte Menschheit vernichtet werden könnte Als Massenausrottungsmittel würde die Atombombe in erster Linie die Zivilbevölkerung, Kinder, Mütter und Greise treffen. Sie würde all das, was durch Arbeit und Fleiß der Völker aufgerichtet wurde, zunichte machen.

Die Atomwaffe muß verboten werden, sowie auch schon die chemischen und bakteriologischen Waffen verboten wurden: die Regierung, die als erste diese Waffe gegen irgend ein Land anwenden würde, muß als Kriegsverbrecher behandelt werden.

Kann irgend einer von uns annehmen, daß sein Land sich auf diese Art entehrt? Deshalb müssen alle Jungen, wir Jungen aus Frankreich, sowie auch ihr Jungen aus Amerika, aus der Sowjetunion, aus England, sowie aus Deutschland, aus Europa und aus Afrika, aus Asien, gleich welcher Rasse, welcher Sprache, welcher Partei wir auch sind; allen Regierungen, Kirchen, nationalen oder internationalen Organisationen, Erwachsenen oder Kameraden sagen, daß es höchste Zeit ist, daß solche Maßnahmen (Verbotsmaßnahmen) von den vereinten Nationen getroffen werden.

Es wird dies ein wesentlicher Schritt zur Verständigung, zur allgemeinen Abrüstung, zum Frieden sein, und dies wird uns zur gleichen Zeit ein glücklicheres Leben bringen."

Nachstehend geben wir eine Liste der Organisationen, welche der patriotischen Vereinigung der französischen Jugendorgationen angeschlossen sind: katholische, protestantische, israelitische Pfadfinder, protestantischer Rat der Jugend, jüdischer Rat der Jugend, vereinte Bewegung der Jugendherbergen, katholische Frauenbewegung, christliche Landwirtschaftsbewegung, christliche Studentenbewegung, Föderation der katholischen Patronagen, christliche Arbeiterjugend, katholische junge Mädchen, katholische Föderation der Studenten, Coeurs Vaillants, Sportföderation der Patronage de France, christliche Union der Jungen, Föderation der christlichen Studentenvereinigungen und andere.

Das sind Kriegsvorbereitungen

Deutsche Düsenflugzeug-Spezialisten in französischen Diensten

Etwa 130 Düsenflugzeug-Spezialisten werden, wie die Gesellschaft zur Flugzeugforschung und Flugzeugbau (Snecma) bekannt gab, in Kürze in Paris die Arbeiten an der Entwicklung von Kampfflugzeugen mit Düsen- und Turbinenantrieb aufnehmen. Die deutschen Spezialisten werden unter der Leitung des ehemaligen Chefs der DMW-Werke Oestrich, der jetzt französischer Staatsbürger ist, tätig sein. Die Snecma sah sich zu dieser Mitteilung gezwungen nachdem die Pariser Abendzeitung „Ce Soir" einen Artikel unter der Ueberschrift „Helfershelfer von Göring übernimmt Werke der Snecma" veröffentlicht hatte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Was kann die Kirche für den Frieden tun?

Kirchenpräsident Niemöller vor Mannheims Christen

Mannheim. Kirchenpräsident und Leiter des kirchlichen Außenamtes, Martin Niemöller, traf, von seiner Südamerika-Reise kommend, in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in Frankfurt am Main ein und hielt am Sonntagabend vor den evangelischen Christen Mannheims im Musensaal des Rosengartens einen Vortrag über das Thema: „Was kann die Kirche für den Frieden tun?"

Der Kirchenkräsident hob eingangs hervor, daß die Frage des Friedens die große Frage ist, die mitten durch die Völker und Menschheit geht und daß in dieser Frage, die evangelische Kirche bisher nicht müßig blieb. Die Eisenacher Tagung der 28 Landeskirchen habe 1948 bereits sich damit beschäftigt und feierlich erklärt, daß für die evangelische Christenheit in Deutschland der Kriegszustand mit den andern Völkern beendet und daß es Wahnsinn sei, zu glauben daß unsere gemeinsame Not durch einen neuen Krieg abgewendet werden könne. Das Exekutiv-Komitee der Oekumene (Versammlung der 150 Kirchen der Welt) zu Amsterdam hat hinsichtlich der Herstellung der Wasserstoffbombe sämtliche Regierungen beschworen, alles zu tun, um über den toten Punkt der Friedensverhandlungen hinwegzukommen.

In den Blickpunkt seiner weiteren Ausführungen stellte der Kirchenpräsident die Frohe Botschaft von Bethlehem, das Evangelium, welches die Botschaft des Friedens sei. Aus dieser „Pax Christi" ließe sich jedoch kein Programm machen, denn sie bedeute den Frieden Gottes mit den Menschen untereinander, nicht den irdischen Frieden. Es gäbe keine christliche Kultur, christliche Wirtschaft, christliche Politik oder christlichen Pazifismus. „Wir haben als Kirche auf diesem Planeten eine bestimmte konkrete Aufgabe, die nicht irgend ein Prinzip des Friedens ist, sondern diese Aufgabe ist die konkrete Kriegsgefahr, fuhr Martin Niemöller fort. Man suggeriere den Menschen, eine friedliche Lösung sei in dieser Hinsicht unmöglich, und es gibt bestimmte „Interessenten", die in einem Krieg zur Lösung des Ost-West-Konfliktes das kleinere Uebel sehen. (S. die Erklärung Eisenhowers im April dieses Jahres, D. Red.). Hierzu dürfe sich die Kirche Christis nicht mißbrauchen lassen, um der Liebe Christi willen. Die Forderung der Oekumene im Frühjahr sei eine unabdingbare Forderung, und die Stimme der Kirche dürfe gegen die verbrecherische Annahme nicht verstummen, daß ein Krieg zu rechtfertigen sei, wer ihn auch anfinge.

Mit beißender Schärfe nahm Kirchenpräsident Niemöller Stellung gegen die Kriegspropaganda der westlichen Alliierten, die demagogisch versucht, die ideologische Vorbereitung des von ihnen geplanten dritten Weltkrieges sich dadurch zu erleichtern, daß sie diesen Krieg der Imperialisten in einen „Heiligen Krieg", in einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus, „für die christlich-abendländische Kultur" umzulügen versuchen. Es gibt keinen Kreuzzug für ein christliches Abendland. Es ist eine infame Lüge, daß dann, wenn der Bolschewismus kommt, die Kirche zugrunde ginge. Die Kirche hat die Verheißung, daß sie durch die Pforten der Hölle nicht überwunden werden kann und es ist durchaus nicht erwiesen, daß der Bolschewismus diese Hölle ist", rief der Kirchenpräsident aus.

Im Gegensatz zu einer Diktatur müsse die Propaganda in einem demokratischen Land erst auf den Kriegsfall umgeschaltet werden. Man erlebe daher, daß in Presse und Rundfunk nicht mehr die Wahrheit, sondern nur die „nützliche" Wahrheit und auch die „nützliche" Unwahrheit wiedergegeben werde, Wahrheit werde nur gegeben, wenn sie den Zwecken entspricht. Hier muß sich die Kirche der Hetze entgegenstellen. Wie er, (Niemöller), persönlich sich auf der englischen Tagung der Oekumene 1949 gegen die Demontage gewandt habe, so müsse dies auch die Kirche tun, auch in der Frage des Friedens. Nicht nur immer im Allgemeinen, sondern auch im konkreten Einzelfall müsse die Kirche die Bedeutung des Friedens hervorheben. Ein neuer Krieg sei geographisch nicht zu trennen zwischen Ost und West, denn der Riß gehe mitten durch die Völker und Herzen. In diesem Zusammenhang erinnerte der Kirchenpräsident an die mächtigen kommunistischen Bewegungen in Frankreich und Italien und prophezeite für den Fall eines dritten Weltkrieges, daß dieser dann in einen europäischen Bürgerkrieg ausmünden werde.

Bei der Erörterung der sozialen Frage erklärte der Redner zur Kommunistenhetze daß auch für die Kommunisten Gottes Sohn am Kreuz gestorben sei. Wer die Kommunisten ihrer Weltanschauung wegen verdamme, handle wie ein Antichrist!

Der Kirchenpräsident schloß mit einem namentlich an die Geistlichkeit gerichteten Appell, daß es für die Kirche eine ganz primitive politische Verantwortung gebe: mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, auch mit dem Groschen der Kirche, den Menschen das Leid zu ersparen, daß es wieder Bombennächte und Millionen von Toten gibt. Dies sei aus der Liebe Gottes heraus die unabdingbare Verantwortung für die Kirche Christi. Die Hörerschaft, die den Musensaal bis auf den letzten Platz füllte, lauschte aufmerksam, ohne Zwischenruf oder Unterbrechung, dem Vortrag des Kirchenkräsidenten und spendete lebhaften Beifall.

Der Kampf um den bedrohten Frieden ist nicht Sache einer bestimmten ideologischen Ausrichtung oder Partei. Dieser Kampf geht alle Menschen an, die guten Willens sind, gleichgültig, in welchem Lager sie stehen. Kirchenpräsident Niemöller hat daher mit diesem Vortrag für die Sache des Friedens einen noch nicht abzuschätzenden, positiven Beitrag geleistet.

Rettung aus Lebensgefahr

Mannheim. Beim Baden im Strandbad gerieten am Samstag zwei Kinder aus Weinheim und am Sonntag ein junger Mann aus der Neckarstadt in Wassernot. Die Gefährdeten wurden durch in der Nähe befindliche Badegäste gerettet.

Taxiüberfälle, Epidemie in Mannheim geworden

Wieder 3 Taxifahrer von amerikanischen Soldaten überfallen

Mannheim. Eine günstige Gelegenheit, um zum Ziele zu kommen, schien für einen amerikanischen Soldaten gekommen zu sein, als der Taxifahrer gerade kassieren wollte. Blitzschnell entriß er ihm die Brieftasche mit 26 DM und wichtigen Papieren und ging in der Dunkelheit flüchtig.

Geschlagen und beraubt

Am Samstagnachmittag versuchte ein amerikanischer Soldat den Fahrer einer vor einem Hause in der Käfertaler Straße parkenden Taxe aus dem Wagen zu ziehen, wobei er dem Fahrer mehrere Faustschläge ins Gesicht versetzte. Noch übler erging es einem anderen Taxifahrer, dem am Oberen Luisenpark in Höhe der Otto-Beck-Straße von seinem Fahrgast, einem amerikanischen Soldaten, beim Geldwechseln die Brieftasche samt Ausweisen entrissen wurde.

Amerikanischer Soldat gefährdet Menschenleben

Weinheim. In der Nacht vom 3. auf 4. Juni 1950 ereignete sich an der Stelle der Wachenburgstraße, die nach der Burgruine Windeck abzweigt, ein schwerer Autounfall. In dem Jepp, um den es sich hier handelt, befanden sich außer einem amerikanischen Soldaten noch zwei Jugendliche. Sich mehrmals überschlagend stürzte der Jepp samt Insassen 25 Meter die steile Böschung hinunter in einen Steinbruch. Die drei Verunglückten mußten je mit einem Schädelbruch in das Weinheimer Krankenhaus bzw. in das amerikanische Militärhospital in Heidelberg eingeliefert werden. Ihr Zustand soll sehr bedenklich sein. Der Unfall ist um so schwerwiegender, als der amerikanische Soldat in verantwortungsloser Weise dem einen erst 15 Jahre alten deutschen Begleiter erlaubte, den Jepp an dieser stark abfallenden und kurvenreichen Straße selbständig zu steuern. Ein gerichtliches Nachspiel für diesen gefährlichen Leichtsinn dürfte unbedingt angebracht sein.

Das Leben gerettet

Mannheim. Großes Glück hatte eine 28 Jahre alte Frau am Strandbad, die sich beim Abkühlen an einem Stein das Knie aufschlug und dabei unter Wasser geriet. Die bereits Bewußtlose wurde von zwei Jungen, die in der Nähe waren und den Vorgang beobachtet hatten, sofort aus dem Wasser gezogen und in den Sanitätsraum gebracht. Dort konnte sich die Frau soweit erholen, daß sie sich nach Hause begeben konnte. Ohne das Zutun der beiden Jungen wäre die Frau bestimmt ertrunken.

KPD gegen neuen Straßenbahntarif

Kriegsschäden dürfen nicht auf den kleinen Mann abgewälzt werden

Mannheim. Auf der am heutigen Dienstag stattfindenden öffentlichen Sitzung des Stadtrates wird u. a. auch die Aenderung des Straßenbahntarifs behandelt werden. Die Stadtratsfraktion der KPD hat zu diesem wichtigen, die weitesten Kreise der Bevölkerung und besonders der Werktätigen interessierenden Tagesordnungspunkt nachfolgende Anträge gestellt. Wir hoffen,, daß diese Anträge auch die Zustimmung der Vertreter der anderen Parteien finden und daß zumindest die SPD diese für die werktätige Bevölkerung Mannheims so wichtigen Anträge unterstützen wird.

An den Herrn Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim

Betr.: Neuer Straßenbahntarif

Der vom Oberbürgermeister unterzeichnete Antrag vom 1. Juni d. J. auf Genehmigung eines neuen Straßenbahntarifs wird begründet mit der Notwendigkeit, den Zuschußbedarf der Verkehrsbetriebe (ca. 1,6 Millionen DM für ein ganzes Jahr) zubeseitigen, sowie den Tarif dem gestiegenen Preisniveau in der allgemeinen Wirtschaft anzugleichen.

1. Zum Zuschußbedarf. Die kommunistische Fraktion ist der Auffassung, es istt unmöglich, die Behebung der überaus schweren Kriegs- und Nachkriegsschäden, welche den Verkehrsbetrieben gerade in Mannheim-Ludwigshafen zugefügt wurden, einseitig auf die Benützer der kommunalen Verkehrsmittel abzuwälzen. Die Mittel für den Neuaufbau der Verkehrsbetriebe können aus sozialen Gründen nur aus dem allgemeinen Steueraufkommen erbracht werden.

2. Zum Lohn- und Preisniveau. Die kommunistische Fraktion teilt die Ansicht des Oberbürgermeisters, daß das allgemeine Preisniveau seit 1944 gestiegen, sogar außerordentlich erhöht ist. Sie verneint aber die Behauptung, einer allgemeinen Steigerung des Lohnniveaus.

t Die kommunistische Fraktion ist der Meinung, daß durch weitere Erhöhung der Benützungsgebühren keineswegs eine Erhöhung der Gesamteinnahmen der Verkehrsbetriebe erzielt werden kann, sondern daß eine weitere Abwanderung von Fahrgästen die Folge sein wird. Mit dem geplanten neuen Tarif wird lediglich erreicht, daß jener Teil der Bevölkerung, der auch künftighin auf die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen ist, zum Teil stark erhöhte Fahrpreise zahlen muß, ohne daß hierdurch die finanzielle Lage der Verkehrsbetriebe gebessert wird.

Die kommunistische Fraktion stellt daher den Antrag:

a) Der mit Schreiben vom 1. Juni vom Oberbürgermeister vorgelegte Tarifvorschlag ist abzulehnen.

b) Ein neuer Tarifvorschlag, der von dem Gesichtspunkt eines normalen Verschleisses der Verkehrsmittel und -anlagen und der tatsächlichen sozialen Lage der Masse der Fahrgäste ausgeht, ist auszuarbeiten.

Die Behebung der Kriegsschäden der Verkehrsbetriebe muß aus allgemeinen Mitteln des Bundesstaates und der betreffenden Länder und Gemeinden erfolgen.

Für den Fall der Ablehnung unseres weitergehenden Antrages vom 3. Juni stellt die kommunistische Fraktion folgende Eventualanträge:

Antrag 1: Die Gehaltsgrenze für den Bezug von Wochenfahrscheinheften für Berufstätige ist von 300 auf 375 DM Monatseinkommen zu erhöhen.

Antrag2: Der Tarif für die Wochenfahrscheinhefte für Berufstätige wird in der bisherigen Form beibehalten. Es treten keinerlei Erhöhungen ein.

Antrag 3: Es ist ein Kurzstreckentarif von drei Teilstrecken zum Preise von 0,20 DM einzuführen. Sinngemäß ist die Ausgabe eines Fahrscheinheftes zum Preise von 1,- DM bei sechs Fahrten vorzusehen.

Antrag 4: Die Tarifgruppe für 7 Teilstrecken entfällt. Der Preis des Einzelfahrscheines für 9 Teilstrecken wird auf 0,30 DM, der des entsprechenden Fahrscheinheftes auf 1,25 DM bei fünf Fahrten festgesetzt.

Antrag 5: Der Preis des Fahrscheinheftes für 10 Teilstrecken und darüber wird auf 1.60 DM bei fünf Fahrten ermäßigt.

Das Tarifbild aus Antrag 3—5 gestaltet sich folgendermaßen:

Teilstrecken	Fahrscheinpreis DM	Heft für Jedermann DM
3	0,20	1, —für 6 Fahrten,
5	0,25	1,— für 5 Fahrten,
9	0,30	1,25 für 5 Fahrten,
10 u. mehr	0,40	1,60 für 5 Fahrten.

Antrag 6: Für Unterstützungsempfänger (Arbeitslose, Wohlfahrtsunterstützte und Kleinrentner) wird auf Antrag monatlich ein Fahrscheinheft übe r10 Fahrten zum Preise von 1,— DM ausgegeben. Die Aushändigung des Fahrscheinheftes erfolgt beim Empfang der Unterstützung bzw. der Rente.

Die Geduld der Kriegsopfer ist endlich erschöpft

Scharfe Abrechnung mit Bonn — Am 20. Juni werden die „Geächteten" marschieren

Mannheim. Der Verband der Hirnverletzten für den Stadt- und Landkreis Mannheim hatte am Sonntagvormittag eine sehr stürmisch verlaufene Tagung, bei der sich die zahlreich erschienenen Kriegsopfer in schärfstem Protest gegen die mangelnde Versorgung wandten. Viele dieser Aermsten der Armen konnten zu dieser Tagung leider nicht erscheinen, da sie um diese Jahreszeit mit Anfällen zu Hause liegen.

Der Kreisvorsitzende der Hirnverletzten betonte eingangs im Hinblick auf das neue Bundesversorgungsgesetz, das immer noch in den Schubladen der Regierung schlummert, daß die Geduld der Kriegsopfer nun endlich erschöpft sei. Nach jahrelangem Warten auf das Gesetz sei nur die Zeit des Handelns gekommen. Man habe der Regierung in Bonn bis 20. Juni ein Ultimatum gestellt und wenn sich dort nichts tut, dann wird im gesamten Bundesgebiet eine Protestaktion die andere ablösen. Aber nicht in Sälen, sondern auf die Straße wird man gehen, denn man habe es satt sich zu Parias abseits der menschlichen Gesellschaft stempeln zu lassen.

K. Gemming vom VdK betonte anschließend, daß die Kriegsopfer seit Jahren unter dem Existenzminimum leben. Wenn auch Arbeitsminister Storch das neue Versorgungsgesetz mit einem geheimnisvollen Schleier umwebt, so wisse man doch aus Erfahrung, wie man in Bonn solche Gesetzentwürfe behandelt.

Ein Versuchsballon des Ministeriums, die Renten nach unten abzubauen wurde bereits im „Rheinischen Merkur" gestartet, in dem sehr maßgebliche Stellen in den allerletzten Tagen Gedanken vorlegten, die in ihrer Formulierung bis ins innerste erschüttern. Danach verdienen die „Kriegsmutwilligen" eigentlich keine Versorgung. Man dürfe den Krieg fünf Jahre nach seiner Beendigung nicht schon vergessen und wenn man den Krieg ächten will, müsse man auch die Kriegsopfer ächten.

Diese ungeheuerliche Begriffsverwirrung in Bonn werden die Kriegsopfer aber nicht so hinnehmen. Sie wissen sehr gut, wer in Wirklichkeit die Kriegsmutwilligen sind, wer nur am Krieg verdient und auch heute bereits wieder gewissenlos versucht unsere Jugend für ein neues Schlachtfeld und damit für neue Opfer reif zu machen. Es sei deshalb nicht zufällig, daß es gerade die von all der Not der Beschädigten nicht Betroffenen sind, die diese Menschen „ächten" wollen. Doch man wird sich wundern, wenn am 20. Juni die „Geächteten" marschieren. Auch die 25 000 Mann neue Bundespolizei, die Adenauer aufstellen will, werden die vier Millionen Kriegsopfer nicht an der Durchsetzung ihres Rechts hindern. „Diese Polizei wird den Schwanz einziehen, wenn man ihnen mit Prothesen winkt. Wir haben Opfer genug gebracht und werden noch mehr bringen, wenn es sein muß auch das letzte. Aber den Gashahn werden wir nicht aufdrehen..." Soziale Unzufriedenheit sei noch niemals ein gesunder Nährboden für eine Demokratie gewesen, und die Verzweiflung treibt oft seltsame Blüten. Regierung und Parlament würden die Kriegsbeschädigten am Platz finden, wenn es so weit ist.

Ein weiterer Redner verwies ebenfalls darauf hin, daß nunmehr ein Ereignis eintreten müsse. Mit der Passivität sei es endlich vorbei und es nützt nichts von der Not nur zu reden. Auch betonte er, daß es Aerzte genug gäbe, die bereit seien mit den Kriegsopfern zu marschieren, wenn diese glauben gesundheitlich nicht zu können. „Wir werden hart und zäh kämpfen müssen."

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde bekannt, daß insgesamt 4000 Schwerstbeschädigte bis heute noch nicht in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden konnten. Die an der Währungsreform profitierende Unternehmer hatten im Staate Adenauers heute leider die politische und wirtschaftliche Möglichkeit sich um den § 7 des Schwerbeschädigten-Gesetzes herumzudrükken. Besonders die Hirnverletzten würde man oft als „Verrückte" bezeichnen. Aber davon gäbe es im ganzen Bund allein 96 000 und diese Menschen würden nicht länger zusehen, wie man sie ihrer Not überlasse. Da die Militärregierung im Jahre 1945 das alte Versorgungsgesetz auf eine asoziale Grundlage nivelliert habe, müsse man bei dem neuen Versorgungsgesetz unbedingt wieder an den alten Satz von zirka 180 DM monatlich für einen 100prozentig Beschädigten herankommen, selbst wenn das neue Gesetz einen Aufwand von 3 Milliarden DM erfordert. (Die jährlichen Besatzungskosten für die Bundesrepublik betragen z. B. 5 Milliarden.)

Ein wahres Volksfest

„Arbeitersängerbund" beweist Verbundenheit mit den Schaffenden

Mannheim. Das Vier-Tage-Volksfest des „Arbeitersängerbundes" hatte am Freitagnachmittag einen guten Start. Man wußte, was man seiner Tradition schuldig war und es wurde auch ganz so wie in alten Zeiten. Ein seltener Massenandrang war an den letzten beiden Tagen hinter der Feuerwache zu verzeichnen, war es doch wieder das erste Volksfest seit 1933.

Sonne, Musik und tausende von lachenden Menschen waren bereits am Eröffnungstag auf dem Plan. Böllerschüsse leiteten das Fest ein. Sie waren mit Flugblättern gefüllt, die auf diese Weise kilometerweit verteilt wurden. Richtig los ging es eigntlich erst am Samstag um 14 Uhr. Anwesend und beteiligt waren: Gesangverein Frohsinn 1857, Einigkeit Lyra, Frauenchor 1908, die Sportgemeinschaft, Radfahrerverein Solidarität, Trachtenverein Edelweiß und der Kraftsportverein 1884.

Ein sehr stimmungsvolles Bild am Abend: Eine Lampionbootfahrt auf dem Neckar, durchgeführt vom Verein für volkstümlichen Wassersport und dem Wassersportverein Sandhofen. Die 150 Boote bildeten ein kleines Lichtermeer. Anschließend stieg die Stimmung noch beträchtlich. Bei den Karussells, den Verkaufsbuden, in den beiden Festzelten und auf dem Tanzpodium vergnügte man sich noch bis tief in die Nacht hinein.

Auch am Sonntagnachmittag das gleiche Bild von froher Laune und festlicher Stimmung. Zahlreiche Kinderbelustigungen standen auf der Tagesordnung. Ein besonderes Ereignis war das Ballonwettfliegen mit 1200 Stück. Sackhüpfen, Bockstechen und Kinderpolonaise waren weitere Etappen des Festes. Die Ereignisse rissen nie ab, es tat sich immer etwas neues. Man kam aus dem Staunen überhaupt nicht mehr heraus. Es ist unmöglich, die Einzelheiten aufzuzählen. Heute soll für eine Anzahl Mannheimer Waisenkinder ein Wohltätigkeitsfest veranstaltet werden. Ein schöner Zug des Vereins, der Not und Sorgen in all seinen Entwicklungsjahren nur zu deutlich verspürt hatte.

Dieses Volksfest ist wirklich ein beispielloser Erfolg geworden, der nicht nur darin begündet ist, daß der „Arbeitersängerbund" der stärkste Mannheimer Gesangverein ist, sondern man darf wirklich behaupten, daß so etwas nur ein Verein schaffen kann, der eng mit dem schaffenden Volk verwurzelt ist. Dr Besuch des Festes war stärker, als an sonstigen Messetagen

Es ist möglich, daß der heutige letzte Tag mit einem Feuerwerk abgeschlossen wird.

MANNHEIM

Gesund oder krank?

Millionen Menschen leben heute in einem Zustand, den man weder als gesund noch krank bezeichnen kann. Man weiß: der Körper ist nach den Entbehrungen des Krieges der Umstellung noch nicht gewachsen. Verdauungsstörungen, nervöse Herzbeschwerden, Korpulenz, Schlaflosigkeit und Unlust sind die häufigsten Folgen. Was tun? Nehmen Sie regelmäßig **Klosterfrau Melissengeist!!** Der hat seine funktionsfördernde, die Lebenskraft anregende Wirkung schon millionenfach bewiesen! Er will auch Ihnen helfen. Den echten Klosterfrau Melissengeist in der blauen Packung mit den 3 Nonnen erhalten Sie zu DM 2.60 u. DM 4.80 in allen Apotheken u. Drogerien.

Neue und wenig gespielte
Klaviere
Reparaturen und Stimmungen
Hohner-Akkordeons. Teilzahlg
Musikhaus Arnold, G 4, 13

Drucksachen
liefert rasch und preiswert
Rhein-Druck GmbH. Mannheim
S 3, 10

Erfolgreiche Werbung
im Badischen-Volksecho

KARLSRUHER MESSE

Zuckerwaren
aller Art in wirklich großer Auswahl für den verwöhntesten Gaumen finden Sie im
Schokoladenhaus Schneider
direkt Haltestelle Messeplatz
Spezialität: Gebrannte Mandeln, besttürkischer Honig-Nougat

Auf der Frühjahrsmesse bis 12. Juni 1950
jetzt auch wieder
Anzug-, Kostüm- u. Mantelstoffe
Import, Export, beste Qualitäten
Ernst Rudolf, München
z. Zt. Messeplatz Karlsruhe
Stand 31/33 beim Schlachthof

Lest, verbreitet u. abonniert
das
„Badische Volksecho"

Emaillegeschirr -
Der große billige Reklameverkauf
A. Dollenbacher
auf dem Meßplatz
Waschschüsseln . . DM 1.-
Salatseiher . . . . DM 1.-
Milchkannen, 2 ltr. . DM 2.-
Wassereimer, 10 ltr. DM 1.50
und vieles mehr

Gunz
Kinder-Sport-Karussell
Fahrräder
Motorräder
Autos
Feuerwehrwagen
das Kinderparadies gegenüb. d. Badenwerk

Ein großer Umgestalter der Natur

Zum 15. Todestage I. W. Mitschurins am 7. Juni

„Wir leben in einer Zeit, in der die höchste Berufung des Menschen darin besteht, die Welt nicht nur zu erklären, sondern zu verändern . . ." — Dies schrieb vor fast zwei Jahrzehnten I. W. Mitschurin, der große Umgestalter der Natur, in einem Brief an die Jugend der Sowjetunion. Er hat der Menschheit als Erster gezeigt, wie man bewußt und planmäßig die Natur der Lebewesen im Interesse des Volkes verändern kann.

Sein praktisches Arbeitsgebiet war die Obstzüchtung. Bereits vor der Jahrhundertwende stellte er sich, von vielen verlacht und von allen Seiten angefeindet, die Aufgabe, Sorten von Obst- und Beerengewächsen zu züchten, die den harten Klimabedingungen Mittel- und Nordrußlands standhalten und doch Früchte liefern, die in Güte und Menge den südlichen Sorten nicht nachstehen. Sehr bald erkannte Mitschurin, daß dieses Ziel auf den von der bürgerlichen Biologie beschrittenen Wegen nicht zu erreichen ist. Sorgfältige, scharfsinnige Beobachtungen und Versuche in seinem selbst angelegten Obstgarten in Koslow (dem heutigen Mitschurinsk, Gebiet Tambow) — durch Jahrzehnte hindurch verfolgt und im Laboratorium durch exakte Untersuchungen ergänzt — führten Mitschurin zu Erkenntnissen, die den Theorien der „offiziellen Wissenschaft" vielfach extrem entgegengesetzt sind. Aber gerade diese neuen Erkenntnisse, gewonnen aus einer dialektischen Analyse der Erscheinungen und Prozesse des Pflanzenlebens, waren es, die die Grundlagen einer neuen Wissenschaft legten, — der Lehre von der Umgestaltung der organischen Natur nach dem Willen des Menschen.

Es war Darwins großes Verdienst, die Entwicklung der organischen Welt von primitiven zu kompliziert organischen Lebewesen bewiesen und deren zweckmäßige Anpassung an ihre Umwelt wissenschaftlich erklärt zu haben. Mitschurin und seine Schüler haben den Darwinismus konsequent weiterentwickelt und auf eine höhere Stufe gehoben, indem sie ihn von falschen Vorstellungen reinigten und zeigten, wie die Entwicklung der Organismen vom Menschen gelenkt und verändert werden kann.

Das materialistische Grundprinzip der mitschurinschen Biologie ist die Einheit von Organismus und Umwelt. Richtige Erkenntnisse über das Wesen der Organismen sind nur dann zu gewinnen, wenn sie im Zusammenhang mit ihrer Umwelt, mit ihren Lebens- und Entwicklungsbedingungen (Ernährung, Feuchtigkeit, Temperatur, Licht u. a.) betrachtet werden.

Die Lebensäußerungen der Organismen (Vererbung, Veränderung, Wachstum usw.) sind qualitativ vom Stoffwechsel abhängig. Ihre für jede Organismenart spezifische Ausprägung ist ein Ergebnis des Stoffwechseltyps eben dieser Art. Aus dieser Erkenntnis gewinnen wir die Möglichkeit, verändernd auf den Organismus einzuwirken, denn durch entsprechende Umweltbedingungen lassen sich der Stoffwechseltyp eines Organismus und somit auch seine sonstigen Lebensäußerungen einschließlich der Erbanlagen verändern. Die Umweltbedingungen aber insbesondere unserer Kulturpflanzen und Haustiere unterliegen weitgehend unserer Gewalt. Aufgabe der materialistischen Biologie muß es also sein, geeignete Mittel zu finden, um mit Hilfe entsprechender Umweltbedingungen lenkend auf die Entwicklung der Organismen einzuwirken.

Hauptbestandteil der mitschurinschen Lehre sind daher die Verfahren zur Erziehung junger Obstpflanzen unter bestimmten Umweltbedingungen, durch welche die Ausbildung erwünschter Merkmale (z. B. Frostfestigkeit) begünstigt und unerwünschter Eigenschaften (z. B. geringe Fruchtgröße) verhindert wird. Um einen Erfolg der Erziehung zu gewährleisten, entwickelte er Verfahren, um die Organismen der Umwelteinwirkung gefügig zu machen, was seit Mitschurin als „Lockerung" der Natur, der Erbanlagen des Organismus bezeichnet wird. Als ausgezeichnetes Mittel dafür erkannte Mitschurin die geschlechtliche Kreuzung insbesondere zwischen Formen, die sich nach ihrer Abstammung und geographischen Herkunft stark unterscheiden. Die aus solch einer „entfernten Kreuzung" hervorgehenden Pflanzen (Hybriden) erwiesen sich als besonders gefügiges Material für die Erziehung durch entsprechende Umweltfaktoren. Darüber hinaus erkannte Mitschurin die Notwendigkeit für eine sorgfältige Auswahl der Kreuzungspartner, um bei den Nachkommen eine günstige Vereinigung ihrer nützlichen Merkmale zu erzielen.

Ein Erziehungsverfahren von besonderer Wichtigkeit ist Mitschurins „Mentor-Methode". Sie besteht darin, daß eine junge Obstpflanze durch aufgepfropfte Reiser einer anderen Sorte „erzogen" wird. Diese Reiser verändern den Stoffwechsel (Ernährung) der jungen Pflanzen, woraus sich entsprechende Veränderungen ihrer Eigenschaften ergeben, die sich auf die geschlechtliche Nachkommenschaft auswirken.

Wir haben aus der Fülle der mitschurinschen Lehren nur die wichtigsten ausgesucht. Mitschurin entwickelte seine Lehren in der beständigen Einheit von Theorie und Praxis. Als er vor 15 Jahren, 81jährig, starb, konnte er auf ein reiches Lebenswerk zurückblicken. Auf Grund seiner Lehren und Verfahren wurde der Obstbau in der Sowjetunion gründlich umgestaltet, nachdem er durch die Oktoberrevolution und die persönliche Initiative Lenins und Stalins größte Unterstützung und hervorragende Arbeitsmöglichkeiten erhalten hatte. In Mittelrußland, wo die Bauern infolge der harten Klimabedingungen vor Mitschurin entweder kein Obst, oder doch nur schlechte Sorten anbauen konnten, hatten die wohlschmeckenden, ertragreichen und frostfesten Apfel-, Birnen- und Kirschensorten Mitschurins ihren Einzug gehalten. Die mitschurinschen Weinreben waren bis Smolensk und Moskau vorgedrungen, die frostempfindliche, südliche Aprikose lieferte in Mittelrußland reiche Erträge wohlschmeckender Früchte und erfror nicht mehr. Der Obstbau hatte in großem Maßstabe in Sibirien Fuß gefaßt. Mehr als 300 neue Sorten von Obst- und Beerenpflanzen sind das praktische Ergebnis der Tätigkeit Mitschurins. Sie sind der lebendige Beweis für die Richtigkeit seiner Theorie.

Das Erbe Mitschurins wird heute in der Sowjetunion von Tausenden und Zehntausenden von Wissenschaftlern, Kolchosbauern und Gärtnern aufgenommen und weiterentwickelt. Sein genialer Schüler, T. D. Lyssenko, hat die mitschurinschen Lehren vertieft und durch neue Verfahren besonders in der Getreidezüchtung ergänzt. Die mitschurinschen Lehren finden ihre Anwendung in der Tierzucht und haben hier zu glänzenden Ergebnissen geführt. Ihre allgemein biologische Bedeutung kann, angesichts des überwältigenden Tatsachenmaterials, nicht mehr bestritten werden.

Werner Höppner

Am 4. Juni jährte sich zum 75. Male **Eduard Mörickes Todestag.** Rechtzeitig zu diesem Tag erschien im Verlag J. F. Steinkopf, Stuttgart, von Dr. Herbert Meyer: **„Eduard Mörike"** (141 Seiten, mit bisher unveröffenlichem Bildnis, Anmerkungsapparat am Schluß des Bandes. Ganzleinen 7,50 DM).

Der kulturelle Tiefstand in Westdeutschland zwingt stellungslose Künstler, ihre Blicke dorthin zu lenken, wo die Kulturstätten fast ständig ausverkauft sind und die Förderung der Kulurschaffenden ehrenvollste Aufgabe einer Staatsführung ist. Die Folge ist eine Flut von Bewerbungen um ein Engagement an die Kulturinstitute der Deutschen Demokratischen Republik. Das Sächsische Volksbildungsministerium hat bisher etwa fünfzig westdeutsche Künstler an seinen Bühnen unterbringen können. Allein in Leipzig sind acht Künstler tätig. Unter den Stellensuchenden befinden sich namhafte Schauspieler und Intendanten, wie Dr. Krüger aus Hamburg, jetzt Intendant des Leipziger Städtischen Theaters, Karl Schubert aus Wiesbaden, jetzt erster Kapellmeister, und Professor Wosin aus Stuttgart, Ballettmeister am Staatstheater Dresden. Der musikalische Oberleiter des Nationaltheaters Mannheim, wirkt jetzt als Kapellmeister in Dresden.

Das Bild des Vaters / Erzählung von Michael Hell

Ingeborg war fünf Jahre alt, als Hitler kam und Vater ging.

Eines Abends, die Mutter war so verstört und Papa so hastig, und er wollte mit seiner Inge gar nicht spielen, eines Abends stopfte er in einem fort Paiere in den Ofen, dabei war es gar nicht kalt an diesem Märztag, und dann ging er weg und kam nicht mehr wieder.

Lange Zeit verstrich, viele, viele Sonntage, an denen Papa nicht mehr wie einst mit ihr und der Mutter spazieren gehen sollte, und je mehr Inge um sich sah, je öfter sie sich schlafend stellte, um die Gespräche der Mutter mit Tante Else anzuhören, desto mehr begriff sie: der Papa ging, weil Hitler kam.

Hitler wurde ihr zum Inbegriff des Schlechten, des Bösen: das Essen ist schlecht — wie Hitler; ein schlimmer Lehrer — ein Hitler. Ich spiele mit Hans nicht, er ist — wie Hitler."

„Sag das nicht", flehte die Mutter sie an, „du bringst Unglück über uns. Papa wird nicht kommen können, wenn du auf Hitler schimpfst."

„Ich sage es den andern nicht, ich sage es nur dir, Mutti."

„Auch mir darfst du's nicht sagen, sonst kommt Papa nicht."

Die Kleine schwieg; aber sie wußte schon: der Papa kommt, wenn Hitler geht.

„Ich werde Papa nicht wiedererkennen", sagte Inge zur Mutter. „Welche Haare hat Papa, braune? Hat er solche Augen wie ich? Ist er größer als Hitler?" — „Ja, er ist größer."

Eines Tages, Inge wird nie diesen Tag vergessen, eines Tages kam sie vom Spielplatz nach Hause, zu einer Zeit, da Mutter bei Tante Else zu sein pflegte. Inge wollte heimlich mit Papa sprechen, da sah sie durch den Türspalt die Mutter im Spiegelschrank hantieren. „Auch sie spricht mit Papa", dachte Inge. Sie schaute auf, blickte seitwärts in den Spiegel. Der Spiegel zeigte ein tränenverzerrtes Gesicht, eine zitternde Hand. Die Hand streckte sich nach dem kleinen Bildchen, holte es heraus. Dann schaute das tränenverzerrte Gesicht in den Spiegel. „Inge!" schrie die Mutter auf und wankte davon.

Am nächsten Tage sagte die Mutter zu Inge, das Bild dürfe nicht mehr am Spiegelschrank hängen, Mutter lasse sich jetzt von Papa scheiden. „Aber du bist doch jetzt groß, Ingeborg, jetzt kann ich es dir doch sagen, das ist alles nur zum Schein, sonst steckt man mich ins Gefängnis und dich in eine Erziehungsanstalt. Aber wir lieben den Papa trotzdem und noch mehr!"

An Papas Geburtstag kamen Onkel Max und Tante Else. Sie brachten viele Geschenke. Und ein schönes Paket kam ohne Absender mit einem kleinen Zettel, darauf stand in Blockschrift geschrieben: „Zum Geburtstag unseres Kameraden Christian von seinen treuen Kameraden."

Inge war überglücklich, und dennoch hatte sie geweint, und nachts sah sie, wie Papa dem Hitler den Schnurrbart ausriß, und Onkel Max und Tante Else gingen durch die Straßen, rissen Hitlers Bilder ab und klebten überall das kleine Bild von Papa an. Die Bilder wuchsen, wurden immer größer und verdeckten bald die ganze Stadt.

Wieder vergingen Jahre, Inge war schon ein großes Mädchen geworden. Sie ging nicht mehr in die Schule, sie arbeitete in einem Rüstungsbetrieb. Hier mußte sie noch mehr an den Vater denken. Einige Arbeiter kannten ihn und mieden sie, „die Tochter eines Vaterlandsverräters". Andere wiederum mieden sie, weil sie ihren Vater verleugnete, und er war doch ein anständiger Mensch. Wie gern hätte Inge ihnen die Hand gedrückt, ihnen die schönsten Worte gesagt!

Inge lebte in sich gekehrt, ein inneres, unruhiges Leben. Man darf dem Freund nicht sagen, daß man sein Freund, und dem Feind, daß man sein Feind ist. Was darf man sagen?

Inge betrachtete die Polinnen, Tschechinnen, Russinnen, die neben ihr arbeiteten. Junge Mädchen mit alten Gesichtern. Warum darf ich mit ihnen nicht sprechen? Warum soll ich beser sein als sie? Nur weil ich Deutsche bin und jeder Deutsche besser sei als ein Nichtdeutscher? Aber mein Vater darf nicht in sein Land . . . Warum sehen sie mich haßerfüllt an, warum hassen sie mich? Nur weil ich eine Deutsche bin und jeder Deutsche schlechter sei als ein Nichtdeutscher. Aber ich hasse Hitler genau wie sie, ich hasse ihn noch mehr. Den Hitler, der mir den Vater und dem Vater das Vaterland nehmen will. Warum vertreibt er Polen aus Polen und Deutsche aus Deutschland? Warum das alles?

Inge fand keine Ruhe. Nach alter Gewohnheit holte sie, wenn die Mutter nicht zu Hause war, das kleine Bild des Vaters hervor und betrachtete es lange. Irgendwo ist der Vater, vielleicht ganz nahe. Er ist der alte geblieben, sagt Mutter. Er wird also gegen Hitler kämpfen. Aber für Hitler stehen Millionen, und wieviel stehen mit dem Vater? Viel Leid herrscht schon im Lande, tote Häuser füllen die Straen. Todesanzeigen die Zeitungen — und die Menschen schwiegen. Warum? Inge schielte nach der Stelle, wo Vaters Bild gehangen hatte. Der Spiegel war kahl und kalt. Millionen Menschen hatten das Schweigen gelernt und waren kalt und matt und teilnahmslos wie der Spiegel.

Und dann kam der Tag, da in seinem Vaterland die Gips- und Bronzehitlers aufs Pflaster flogen. Und die Freude wollte kein Ende nehmen. „Ich werde Inge woh nicht wiedererkennen. Ich werde wohl auch Deutschland nicht wiedererkennen. Zwölf Jahre, welche zwölf Jahre! Ich hätte, verrückt vor Freude, beinahe eine Puppe für Inge gekauft. Ja, was schenkt man einer siebzehnjährigen Tochter?"

Da tauchte wieder das kleine Bild auf. Nun war der Spiegel nicht mehr kahl und kalt. Links am Spiegel hing das kleine Bid, und aus der Mitte des Spiegels strahlte das warme Lächeln eines Mädchengesichtes.

„Die deutschen Künstler und Schriftsteller können nicht besseres tun als sich mit ihrem Werk, und wenn nötig, mit ihrer Person zum Frieden zu bekennen."

Thomas Mann

Viele haben jene Nacht längst vergessen

Brief an eine Unbekannte

Gestern traf ich Dich wieder. Nach fünf Jahren. Du erinnerst Dich meiner natürlich nicht, denn Du weißt gar nicht, daß ich Dich kenne.

Du sahst so glücklich aus. Der ganze Platz war in helles Sonnenlicht getaucht. Deine Hand ruhte auf dem Griff eines Kinderwagens, in dem ein himmelblau gekleideter, pausbackiger Bub saß und mit einem Gummipüppchen spielte. Deine Augen blickten so heiter und froh und sie waren so blank und strahlend in ihrer Farbe.

Ich weiß nicht, woran ich Dich wiedererkannte, denn damals, vor sechs Jahren, waren Deine Augenlider von Rauch und Tränen verquollen. Auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin trafen wir uns. Ein Zug aus Hamburg war eingetroffen. Ein Zug mit vielen Frauen, die alle gleich aussahen. Ihre Kleidung, zerrissen, befleckt und unansehnlich, strömte einen beißenden Brandgeruch aus. Ihr kamt so, wie das Feuer Euch überrascht hatte, mit angesenkten Haaren und wunden, blasigen Füßen, weil die Schuhe in dem heißen Asphalt der brennenden Straße steckengeblieben waren.

Erinnerst Du Dich jetzt, unbekannte Frau?

Es war ein Tag nach dem Luftangriff auf Hamburg. Vom Himmel regnete es Phosphor, aus den Häusern leckten die Flammen. Mit verzweifelter Kraft kämpftet Ihr Euch durch das Flammenmeer zum Bahnhof, um irgend wohin zu flüchten.

Ich war zufällig auf dem Lehrter Bahnhof und sah Dich aus dem Wagen klettern. Mühselig zerrtest Du einen Koffer nach. So einen kleinen, den man auf kurze Fahrt mitnimmt. Er mußte sehr schwer sein, denn er zog Dich fast zu Boden.

Ich wollte Dir helfen, aber Du hieltest ihn mit fast übermenschlicher Kraft fest. Deine wunden, müden Füße konnten Dich kaum mehr tragen und stolperten auf dem glatten Boden des Bahnsteigs. Ich wollte Dir helfen und entriß Dir — fast mit Gewalt — den Koffer. Für einen kurzen Augenblick hoben sich Deine Lider und aus Deinen Augen traf mich ein Blick so voller Haß, Liebe, Leid und Angst, daß mich schauderte.

Deine Faust schlug mir ins Gesicht. Ich taumelte und ließ den Koffer los. Er polterte auf den Boden. Durch den Anprall sprangen die Schlösser auf . . . der Deckel klappte zurück . . .

Nie werde ich Deinen Schrei, nie das Bild vergessen, wie sich Dein Körepr über den offenen Koffer warf, um seinen Inhalt vor den Augen der Umstehenden zu verbergen. Es war Dein Kind . . . eine kleine, verkohlte Leiche . . .

Wie glücklich Du gestern aussahst, als Du Dich über den Kinderwagen beugtest und dem kleinen Wesen darin zärtliche Worte zusprachst.

Ich wandte mich um, damit niemand meine Tränen sehen sollte. Aus Freude weinte ich, aus Freude darüber, daß Du das Leben, ein neues Leben wiedergefunden hast. Nun will ich den Menschen, denen ich begegne, von Dir erzählen, und Du selbst mußt es auch tun.

Denn viele haben jene Nächte längst vergessen, weil sie Dich nicht kennen und von dem Koffer nichts wissen. Wir wollen es ihnen in die Erinnerung zurückrufen, damit dieses, Dein Kind und alle anderen Kinder im Sonnenlicht mit ihren Püppchen spielen können, damit Deine und aller Mütter Augen so blank und froh bleiben und damit nie wieder aus einem Zug Frauen steigen, die ihr vom Krieg getötetes Kind in einem Koffer mit sich tragen!

Ursula Wiebach

Neues Institut für Pflanzenzüchtung

In der Nähe von Bernburg (Saale) entsteht auf dem Gelände eines ehemaligen Versuchsflugplatzes der Junkerswerke das erste zentrale „Institut für Pflanzenzüchtung" der Deutschen Demokratischen Republik. Seine Aufgabe ist die laufende Ueberprüfung der bereits anerkannten Saatgutsorten sowie die Erarbeitung neuer Methoden zur Verbesserung der Selektionssamenzucht. Zum Leiter des Instituts wurde Dr. Oberdorf bestimmt.

Das Institut wird über moderne Treibhäuser mit 1000kerziger Kunstbeleuchtung, Kältemaschinen, Spezialwasseranlagen usw. verfügen. Nach Angaben von Dr. Oberdorf soll die Arbeit in Bernburg auf den Erfahrungen von Mitschurin und Lyssenko aufgebaut werden. Die Arbeitsaufnahme des Instituts ist für den Herbst dieses Jahres vorgesehen.

Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

35. Fortsetzung

„Ich habe gedacht, daß du mein Freund seiest", sagte Mr. Brown, während er die Flasche hochschleuderte und im Fluge wieder auffing. „Aber man sieht ja, daß Charlie Rotnase dein Freund ist."

Und langsam steckte der Kapitän die Flasche an ihren Platz.

„Ich habe noch ein Eisbärfell in meiner Jaranga", rief der Jäger.

„Ein Bärenfell? All right! Also bist du doch nicht ganz dumm. Dann betrachte ich dich als meinen Freund."

Aus seiner Knietasche zog der Kapitän einen Faltbecher heraus.

Wie ein Frühlingsbach zwischen den Felsen plätscherte der Whisky, und ein lustiger, durchsichtiger Strahl ergoß sich in den Becher.

„Da nimm!"

Schwungvoll spuckte der Kapitän den Kaugummi direkt aus dem Schiffsraum über Bord des „Polar Bear" und trank selbst ein paar Schluck aus der Flasche.

Im Vorgenuß des Getränks hielt der Jäger den Becher in der Hand und sah dem Kapitän in den Mund. Dann zog er langsam den Kaugummi mit zwei Fingern aus dem Mund, schloß die Finger darum und goß den Whisky mit einem Zug hinunter.

„Das schmeckt gut!" sagte er singend.

Der Kapitän schenkte nochmals ein, ohne ihm etwas zu essen zu geben, und der Jäger wollte sich auch selbst den Geschmack des Feuerwassers nicht verderben.

„Oh, einen Kapitän wie mich wirst du nicht wieder sehen!" sagte Mr. Brown.

„Ein sehr guter Kapitän, sehr gut. Ein lieber Kapitän", lobte ihn der Jäger mit schwerer Zunge. Dann rief er hinauf: „Tschowka, bring rasch die Bärenhaut aus der Jaranga!"

Bald war der Handel abgeschlossen. Mr. Brown kam an Deck und hieß die Maschine fertigmachen.

„Mr. Brown", sagte der Steuermann Harlowe, „Jim ist beschäftigt. Im Maschinenraum ist ein Mädchen."

„Goddam! Man muß doch wissen, wann man sich mit Liebe beschäftigen kann. Wir müssen uns mit unseren Geschäften beeilen", brummte Mr. Brown.

Der „Polar Bear" nahm Kurs nach Norden. Das Meer war ruhig. Der Schoner fuhr rasch an der Küste entlang. Ganze Wolken von Vögeln stiegen von den Felsen auf, nachdem ein Schuß abgegeben worden war. Wie Schneeflocken im Sturm kreisten sie. Das Meer ist frei von Eis. Alles verkündet eine erfolgreiche Fahrt. Kapitän Brown steht am Steuerrad und sieht in die Ferne.

„Wie ist der Anfang, Mr. Brown?"

„Very good, Mr. Harlowe. Dieser Bursche ist jetzt Besitzer von amerikanischen Waren im Wert von elf Dollar zweiundfünfzig Cents. Das Fusfeli hat mich genau zweieinhalb Dollar gekostet. Die Bärenhaut ist nicht gerade sehr gut, aber nun, in Amerika wird sie doch etwas mehr kosten, als ich dafür bezahlt habe!"

Sie lachten fröhlich, und ihr helles Lachen hallte von der menschenleeren Küste wider.

Mr. Brown und die Mitglieder seiner Mannschaft, Mr. Harlowe und der Schiffskoch Jim, waren keine richtigen Yankees. Sie waren von Ueberse in Amerika eingewandert und hatten sich dort mit den verschiedensten Geschäften befaßt. Kreuz und quer waren sie durch Amerika gezogen. Sie kannten Mexiko und Kalifornien so gut wie Alaska und die Küste der Tschuktschenhalbinsel.

Vor fünf Jahren hatten sie eine kleine Aktiengesellschaft gegründet, den Schoner erworben, den sie „Polar Bear", „Eisbär", tauften und sagten zu dem Schiff: „Also, meine Liebe, bring uns mal zu diesen Eisbären!" Sie machten sich zur Küste der Tschuktschenhalbinsel auf; denn sie wußten daß jeder zu jeder Zeit dort Einlaß fand. Es war ein einziger Freihafen, ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Im langen Winter bereitete sich Mr. Brown in Amerika auf seine Expedition vor. Er stöberte in den Warenlagern von Seattle und Frisko, wie sie San Franzisko nannten, herum und kaufte zu Schleuderpreisen Waren auf, die längst ihren ursprünglichen Wert verloren hatten. An den Küsten der Tschuktschenhalbinsel aber wurden diese Waren begeistert aufgenommen.

„Mr. Harlowe, ich denke gerade, ob wir nicht an der Sandbank vor dem Lager Loren vor Anker gehen sollten? Dieses alte Pferd Charles Thomson wird verückt, wenn wir ihm die Neuigkeiten des Jahres berichten. Er zieht ja die Nachrichten des vergangenen Jahres vor, aber, goddam, wir werden es ihm mit Gewalt erzählen. Soll er doch diese nicht gerade süße Pille schlucken!"

„Mr. Brown, ich stelle mir seine Entrüstung lebhaft vor! Wenn er erfährt, daß aus Vancouver der Riesendampfer ‚Bechimo' der North Company unterwegs ist, so wird ihm der rote Kopf dreißig Tage und Nächte brummen!"

„Oh, Mr. Harlowe! Vor Wut verschluckt er seine Brille!"

Und wieder lachten die Amerikaner lustig.

In der Ferne blinkte matt das verzinkte Dach des Speichers bei der Behausung Mr. Charles Thomsons.

Kaum hatte der Schoner „Polar Bear" den Anker ausgeworfen, da kam auch schon eine Tschuktschenbaidara unter vielstimmigem Geschrei auf ihn zu. Unter den Jägern saß auch Charles Thomson im Boot.

„Hallo, Mr. Brown!" rief er und stieg die Sturmleiter hinauf.

Mr. Harlowe lief rasch herbei, reichte ihm seinen langen Arm und zog den schweren Körper Mr. Thomsons geschickt an Bord. Sie gingen sofort in das enge Zwischendeck, wo Mr. Brown schon Anordnungen traf.

Mr. Thomson ließ sich in einen Sessel fallen. Rechts von ihm setzte sich Kapitän Brown, links Harlowe.

Mit betonter Höflichkeit machte Jim Kratzfüße und stellte zuvorkommend dampfenden Kaffee und Obst auf den Tisch.

„Pleace, Mr. Thomson! Bei Ihnen hier wachsen doch keine Apfelsinen? Kosten Sie und denken Sie sich für eine Weile in die zivilisierte Welt zurück!" sagte Kapitän Brown.

„Thank you, ich ziehe eine Pfeife voll frischen Tabak ‚Prince Albert' vor."

Mr. Harlowe zögerte nicht, ihm eine hübsche Schachtel mit dem Bild eines eleganten Gentlemans mit kleinem Bärtchen und Frack, des Prinzen Albert, zu reichen.

Mr. Thomson zog den duftenden Rauch ein und quetschte heraus:

„Was gibts Neues in Amerika, Mr. Brown?"

„Oh", lachte der Kapitän, „seit wann interessieren Sie sich vorzeitig für die Nachrichten aus der zivilisierten Welt, Mr. Thomson? Erfahren Sie sie denn nicht früh genug aus den Zeitungen des nächsten Jahres?"

„Ich habe Angst, daß ich bis dahin sterbe, Mr. Brown. Es sind jetzt solche Zeiten, in denen man alle Neuigkeiten sofort nach ihrer Entstehung erfahren muß."

„Oh, Mr. Thomson, Sie haben recht. Das ist das Gesetz des Geschäftsmannes. Aufschub kostet Geld. Ganz wie Sie wollen. Neues gibt es viel, Mr. Thomson, einen ganzen Eisenbahnwagen voll!"

„Mehr als einen Eisenbahnwagen voll, Mr. Brown! Der ganze Dampfer ‚Bechimo' ist voll davon", fügte der Steuermann Harlowe rasch ein.

„Kurz gesagt, Mr. Thomson, wir beide befinden uns in einem Wirbel der großen internationalen Politik. Die Länder machen von sich aus diese Politik, und unsere Taschen müssen aus irgendeinem Grunde krachen. Ja, ja, Mr. Thomson, das ist der beste Ausdruck dafür, krachen! Ich frage Sie: Was soll das bedeuten? Sie sind doch von langer Lebenserfahrung klug geworden."

Kapitän Brown schwieg, zog an seiner Pfeife und fuhr fort:

„Zum Beispiel hier, in diesem gottverlassenen Hundeland!! Man sollte doch meinen, daß kein Mensch sich dafür interessieren könnte. Wer von den großen Geschäftsleuten wird sich denn die Hände an diesem Seehundstrand beschmutzen? Und doch gibt es welche, Mr. Thomson, große Leute, die ihre unersättlichen Klauen hierherstrecken. Uns kleine Fische werden diese Haie lebend verzehren, restlos und ohne jegliches Mitleid, Mr. Thomson." Kapitän Brown machte eine so saure Grimasse, daß er allein durch seinen Gesichtsausdruck den härtesten Mann erschüttern konnte. „Auch hier, Mr. Thomson, bindet man uns an Händen und Füßen."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Heimkehrerzentralverband „eine Bauernfängerei"

Kreisverbände Karlsruhe und Mannheim aus dem Landesverband der Heimkehrer ausgetreten

Karlsruhe. Auf einer außerordentlichen Generalversammlung des Landesverbandes Württemberg-Baden der Heimkehrer am Sonntag in Schwäbisch-Gmünd haben die Kreisverbände Mannheim und Karlsruhe ihren Austritt erklärt. Sie bezeichneten die Satzungen des Landesverbandes als diktatorisch und erklärten den Zentralverband der Heimkehrer als eine „Bauernfängerei".

Gespräch über das Mitbestimmungsrecht

Am Mittwoch, 7. Juni 1950, wird in der Zeit von 19 bis 19.45 Uhr über den Rundfunk ein Gespräch zwischen dem Gewerkschaftsvertreter Hans vom Hoff und Vertretern der politischen Parteien über das Mitbestimmungsrecht gesendet.

Umstrittener Brandstifterprozeß

Heidelberg. Das Heidelberger Schwurgericht veru teilte am Freitag den Ungar-Deutschen Stefan Engstner in einer Revisionsverhandlung wegen Mittäterschaft zur Brandstiftung und Versicherungsbetruges zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus und 1000 DM Geldstrafe. Das Urteil erster Instanz hatte auf sechs Jahre Zuchthaus und die gleiche Geldstrafe gelautet.

s Der mitangeklagte DP-Ungar Ludwig Gyoerfi wurde wegen vermutlicher „Aufforderung zu einem schweren Verbrechen" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. In der Revisionsverhandlung konnte die umstrittene Brandstiftung nicht einwandfrei geklärt werden, obwohl 51 Zeugen vorgeladen worden waren. Gyoerfis Strafe wurde vom Gericht durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen. Dem Hauptangeklagten wurden sechs Monate Zuchthaus und die Geldstrafe erlassen.

In der Nacht zum 23. April 1949 war eine dem Hauptangeklagten gehörende Weberei in Dossenheim bei Heidelberg abgebrannt. Auf dem Betrieb, der mit 10 000 DM versichert war, lasteten zu dieser Zeit 2500 DM Schulden. Die beiden Angeklagten waren vorher in einer Gerichtsverhandlung der Brandstiftung und des Versicherungsbetrugs für schuldig befunden und zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden.

Leichenländung

Mannheim. Nachdem die Berufsfeuerwehr einen Taucher einsetzte, gelang es, die Leiche des am 1. Juni d. J. beim Spielen aus einem Boot gefallenen und ertrunkenen Jungen aus dem Rheinsporen 5 zu bergen.

Badisches Staatstheater

Heute um 19.30 Uhr im Schauspielhaus findet eine geschlossene Vorstellung für die „Kunstgemeinde" mit „Der Richter von Zalamea" statt.

Am Mittwoch, dem 7. Juni, um 19.30 Uhr im Schauspielhaus: „Don Pasquale", Oper von Donizetti.

Am Donnerstag, dem 8. Juni, um 19.30 Uhr, im Konzerthaus: „Der Troubadour", Oper von Verdi.

Mütterberatung

Rastatt. Am Mittwoch, dem 7. Juni 1950, findet im Rathaussaal in Rastatt eine Mütterberatung statt.

26000 Schulentlassene fordern gesicherte Ausbildung

Marshallplan-Politik gefährdet die Existenz der deutschen Jugend
Jugendfeindliche Elemente können gemeinsames Handeln nicht verhindern

Freiburg. Noch sind die Letzten des Schulentlassenenjahrgangs 1949 nicht in Lehrstellen untergebracht, da beginnt bereits die große Sorge um die fast 30 000 Jugendlichen in Südbaden, die in diesem Jahre im Herbst aus den Schulen des Landes entlassen werden und mit dem Verlassen der Schule die Forderung auf eine gesicherte Ausbildung erheben. Wieviel Jammer verbirgt sich hinter dieser nüchternen Zahl von 26 000 jungen Menschen. Wieviel Elternpaare laufen schon seit Wochen und Monaten herum, um für ihre Kinder eine Lehrstelle zu erhalten, wieviele von ihnen immer wieder vergeblich!

Man muß sich nur daran erinnern, welche Schwierigkeiten im vorigen Jahr und auch 1948 bestanden, um 12 000 bis 15 000 Jugendlichen zu einer Lehrstelle zu verhelfen. Noch sind mehr als 1000 junge Menschen der letzten Jahrgänge ohne Hoffnung auf Ausbildung und Vorwärtskommen. Tausende haben sich damit abfinden müssen, als Hilfsarbeiter, Hausangestellte oder in der Landwirtschaft vorübergehend unterzukommen. Hunderte derer, die eine Lehrstelle erhielten, sind inzwischen wieder auf die Straße gesetzt worden, weil die Betriebe bankerott machten oder zur Kurzarbeit gezwungen wurden.

Die Regierung ist ohnmächtig

In dieser Situation herrscht in Regierungskreisen, auf dem Landesarbeitsamt und an anderen verantwortlichen Stellen nur Ratlosigkeit, wenn man nicht gar annehmen muß, bewußte Nachlässigkeit und ein den Interessen der ausländischen und einheimischen Kriegstreiber sehr entgegenkommendes Sich-treiben-lassen. Denn was könnte den Feinden des Friedens dienlicher sein als 26 000 südbadische Mädel und Buben, die in ihrer Ausweglosigkeit eines Tages mehr als reif sind, mit der Waffe für die imperialistischen Ziele der Kriegshetzer neuen Abenteuern entgegen zu gehen? So nimmt es nicht weiter wunder, wenn man hört, daß als bisher einzige „Lösung" seitens der Regierung die Verlängerung der Schulzeit vorgeschlagen wurde. Die Vorschläge der Handwerkskammern auf finanzielle Unterstützung wurden bisher von der Regierung nicht weiter beantwortet, da die erhöhten Besatzungskosten neue Schwierigkeiten vor dem südbadischen Finanzminister auftürmen. Mußte doch der badische Finanzminister erklären, daß für das Jahr 1950 entgegen seinen „Erwartungen" die Besatzungskosten nicht gesenkt seien, sondern neben den rund 300 Millionen DM für Südbaden jederzeit damit gerechnet werden kann, daß weitere zusätzliche Mittel seitens der Besatzungsmacht angefordert werden können.

Spaltung der Jugend erschwert die Lage!

Der südbadische Landesjugendausschuß wie auch die badischen Kreisjugendausschüsse haben sich in den vergangenen Monaten immer wieder Gedanken darüber gemacht, wie das Problem der Lehrstellenbeschaffung gelöst werden könne. Dabei waren auch die im **Aktionsprogramm der Freien Deutschen Jugend** enthaltenen Forderungen zur Frage der Berufsausbildung und ihrer Sicherung in starkem Maße berücksichtigt worden.

In ihrem Aktionsprogramm fordert die FDJ vor allem die Annahme eines Berufsausbildungsgesetzes, durch das jeder Unternehmer entsprechend seiner Belegschaftszahl zur Ausbildung einer bestimmten Anzahl von Lehrlingen verpflichtet wird. Außerdem die Erhöhung der Lehrlingsvergütung und die Verkürzung der Lehrzeit durch neue Berufspläne. Die Grundlage aber für die Sicherung der Ausbildung auch der südbadischen Jugend bilden die **sechs Hauptpunkte des Aktionsprogramms**, in denen u. a. die Schaffung eines einigen deutschen Staates, die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit der deutschen Nation, der Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland, der Abzug aller Besatzungstruppen, die Beendigung der Demontagen und die Zusammenarbeit und Freundschaft mit allen Völkern und Staaten, die Deutschlands nationale Selbstbestimmung achten, gefordert wird.

Entsprechend diesen Forderungen nahm deshalb der vorbereitende Ausschuß zur Bildung eines Landesjugendringes vor längerer Zeit bereits folgende Sätze auf Antrag der FDJ in seine Satzung auf: **„Der Landesjugendring will mitarbeiten am demokratischen Aufbau und an der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Er erstrebt eine internationale Verständigung und fördert alle Maßnahmen, die der Erhaltung des Friedens und der Freundschaft der Jugend der Welt dienen.**

Das einheitliche Handeln der südbadischen Jugend auf der Grundlage dieser Forderung kann die einzige Voraussetzung dafür bilden, auch das Problem der Lehrstellenbeschaffung für die 26 000 Jugendlichen zu lösen, die in diesem Jahre aus der Schule entlassen werden.

Legt den jugendfeindlichen Elementen das Handwerk!

Anstatt sich um dieses so vordringliche Problem ernsthafte Gedanken zu machen, hat es sich der Jugendsekretär beim badischen Bezirksvorstand des DGB. Felix Kempf, angelegen sein lassen, die Vertreter der südbadischen Jugendorganisationen mit Ausnahme der FDJ am Pfingstdienstag (!) zu einer Sitzung eingeladen, in der er gemeinsam mit den Führern der katholischen Jugend wiederum den Ausschlußantrag gegen die FDJ aus dem Landesjugendausschuß zur Sprache brachte. Bedauerlicherweise ließen sich auch die Führer der „Falken" und der „Naturfreunde" überrumpeln, so daß ein Beschluß des vorbereitenden Ausschusses zur Konstituierung des Landesjugendringes Baden zusstande kam, jede Zusammenarbeit mit der FDJ abzulehnen. Mit diesem Beschluß ist es den jugendfeindlichen Elementen in Südbaden bereits vor der Bildung des Landesjugendringes gelungen, ihre eigene Satzung über den Haufen zu werfen und damit gerade der schulentlassenen Jugend den schlechtesten Dienst zu erweisen.

Aufgabe aller ehrlichen Kräfte der badischen Jugend kann es deshalb nur sein, über diesen, all ihren Interesen entgegengesetzten Beschluß hinweg, sich die Hände zu reichen und im gemeinsamen Kampf die Forderungen der Jugend durchzusetzen. Die gemeinsame Gefahr, die schon dadurch zum Ausdruck kommt, daß man auch in Südbaden erwägt, Arbeitsdienstähnliche Maßnahmen durchzuführen, wie man sie in anderen westdeutschen Ländern vollzieht, wird die Jugend entgegen einzelnen Spaltern zusammenführen und sie befähigen, ihre Interessen zu wahren. Das Pfingsttreffen der deutschen Jugend in Berlin hat besonders durch die Teilnahme von mehr als 30 000 westdeutschen Jugendlichen aus allen Organisationen, besonders aus den Gewerkschaften, bewiesen, daß sich der Wille der deutschen Jugend, gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen, durch nichts und niemanden beirren lassen wird. Mit der Zuversicht, mit der die südbadischen Teilnehmer am Deutschlandtreffen zurückgekommen sind, werden sie hier in ihrer Heimat mit neuer Kraft den Kampf aufnehmen für ein Deutschland, in dem eine glückliche Jugend einer friedlichen Zukunft entgegensieht. (Hans Schäfer, Freiburg)

Harte Strafen für kleine Diebe

Zuerst 4 Monate dann 10 Wochen Gefängnis

Mannheim. Als der angeklagte M. aus Weinheim aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, fand er trotslose Familienverhältnise vor. Daß die Ehe auf Verschulden der Frau geschieden werden mußte, besagt eigentlich schon alles. Die Kinder waren ziemlich vernachlässigt. M. blieb daher nichts anderes übrig als, um selbige nicht völlig der Verwahrlosung preiszugeben, add zwei, um die Anwaltskosten sowie die Abfindungssumme für seine Frau zu bezahlen, und schließlich um seiner späteren Frau, die selbst ein Kind hatte und Flüchtling war, übers ärgste hinwegzuhelfen, Schulden in einer Gesamthöhe von 600 DM einzugehen. Das Geld lieh er sich teilweise von seiner Mutter aus.

Seine Lage war also durchaus nicht die rosigste, als auf seinen späteren Mitangeklagten S. stieß und sich beide, mag nun der eine oder andere den Anstoß gegeben haben, tut nichts zur Sache, darüber unterhielten, wie man bei der Lederfabrik Freudenberg in Weinheim leicht und ungesehen einige Felle mitgehen heißen lassen könnte.

Gesagt getan. S. nahm die Felle mit und M. verkaufte sie weiter an einen Lederwarenhändler K. M. benahm sich ziemlich naiv, so daß der Händler eigentlich leicht hätte den Braten riechen müssen, wenn M. nicht immer wieder versichert hätte, die Felle seien ehrlich erworben und kämen aus dem Odenwald. Schließlich kam jedoch die Polizei der Sache auf die Spur und alle drei wurden von dem Amtsgericht in Weinheim zu Gefängnisstrafen verurteilt. M. erhielt damals 10 Wochen, S. und K. 4 Monate Gefängnis. Sie legten bei der Strafkammer in Mannheim Berufunzg ein und forderten Umwandlung ihrer Gefängnistrafen in Geldstrafen. Der Staatsanwalt meinte jedoch, das „Konsortium" aus einem Hehler und zwei Stehlern müßte, um weitere Diebstähle bei der Firma Freudenberg zu unterbinden, mit abschreckenden Strafen bedacht werden, welcher Auffassung sich auch das Gericht teilweise anschloß, so daß die Gefängnisstrafe für M. in voller Höhe beibehalten und auch die Strafen der beiden anderen lediglich in mildere abgewandelt wurden.

Man darf wohl mit dem Verteidiger einig gehen, der zum Ausdruck brachte, daß allein die Tatsache, daß der eine Angeklagte von der Firma Freudenberg fristlos entlassen wurde,, der andere ebenfalls seine Stellung verlor und der dritte als Kaufmann aufs schwerste in seinem Ruf geschädigt und wegen der Affaire bereits den Konkurs seines Unternehmens anmelden mußte, der Bestrafung in Verbindung mit einer angemessenen Geldstrafe Genüge getan hätte. Das ursprüngliche, vom Amtsgericht ausgesprochene Strafmaß von vier Monaten für zwei der Angeklagten scheint überdies in keinem Verhältnis zu stehen zu dem für die Lederfirma Freudenberg entstandenen, verhältnismäßig geringfügigen Schaden, welcher deren jetzigem Besitzer, der gleichzeitig Millionär, Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Wehrwirtschaftsführer in einer Person ist, bestimmt weniger hart angekommen sein dürfte als, sagen wir um des naheliegenden Vergleiches willen seinen Arbeitern z. B. das Refasystem, das ihnen den letzten Blutstropfen aus den Knochen saugt.

Was den kleinen Lederhändler K. anbetrifft, der wegen Hehlerei 10 Wochen abzusitzen haben wird, so durfte man ihm in der Verhandlung die meisten Chancen, nur mit Geld bestraft zu werden, zusprechen. Doch mitgefangen, mitgehangen, auch er saß in der Tinte drin und hatte vor allem keinen Verteidiger, der ihn hätte herausreiten können. Vielleicht weil er inzwischen bankerott gemacht hat . . .

Damit würde er sich auf der gleichen Linie bewegen wie die Angeklagte des nächsten Berufungsfalles. Auch sie meinte: „Ich habe kein Geld, um einen Anwalt zu bezahlen, deshalb verzichte ich auf Berufung:"

Treffende Charakterisierung der Rechtsverhältnisse in einem kapitalistischen Staate.

„Reichen und Armen ist es verboten, unter Brücken zu schlafen", heißt es in einer Fabel.

Reichen und Armen ist es auch gestattet, sich einen Anwalt zu nehmen.

Also bitte, lieber Arbeitsloser mit 24 DM Durchschnittsstempelgeld, was willst Du mehr?

Nimm und lege Berufung ein . . . so Du hast . . . -bü-

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Mannheim

Versammlung der **Schwetzingerstadt** wird auf 10. Juni verlegt.

Feudenheim: Dienstag, 6. Juni, 20 Uhr, Lokal „Wartburg", Funktionärsitzung.

Innenstadt-West: Mittwoch, 7. Juni, 19.30 Uhr, im Lokal „Stadt Heilbronn", Funktionärsitzung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Karlsruhe-Knielingen: Mittwoch, 7. Juni, 20.30 Uhr, in der „Rose" Mitgliederversammlung.

Karlsruhe-Bulach: Mittwoch, 7. Juni, 20 Uhr, in der „Krone" Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Heidelberg-Altstadt: Mittwoch, 7. 6. 50, 20 Uhr: Mitgliederversammlung.

Heidelberg-Weststadt: Mittwoch, 7. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Heidelberg - Handschuhsheim: Mittwoch, 7. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Dossenheim: Mittwoch, 7. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

St. Leon: Mittwoch, 7. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Schönau: Donnerstag, 8. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Altneudorf: Donnerstag, 8. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Bammental: Donnerstag, 8. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Gaiberg: Donnerstag, 8. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

SÜDBADEN

Landesvorstandsitzung

Freiburg Wir machen die Genossen bereits heute darauf aufmerksam, daß wir die nächste Landesvorstandsitzung am 17. u. 18. Juni durchführen. Beginn der Sitzung nachmittags 15 Uhr. Tagesordnung: 1.) Kampf um den Frieden (Gen. Eckert) 2.)Neuwahl der Leitungen (Gen. Fels)

Landeskommission A und S

Freiburg Der am 17. u. 18. 6. 50 stattfindenden Landesvorstandschaftsitzung geht die übliche turnusgemäße Sitzung der Mitglieder der Landeskommission für A und S voraus. Wir bitten die Genossen pünktlich, morgens 10 Uhr am Samstag den 17. 6. 50 anwesend zu sein. Tagesordnung: Die Betriebsrätewahlen.

Gaggenau Am Mittwoch, den 7. Juni, findet im Rathaus Zimmer 16 um 20 Uhr unsere Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Pfingsttreffen der Jugend in Berlin, von der Kreiskonferenz, Neuwahl der Leitung.

TERMINE DER FDJ

Mannheim. Am Mittwoch, 7. Juni, 20 Uhr, findet unsere reguläre Kreissekretariatssitzung statt. Wir bitten alle Freunde des Kreissekretariats um pünktliches Erscheinen.

Achtung VVN-Mitglieder!

Mannheim. Die VVN-Kreisstelle Mannheim teilt mit: Am kommenden Mittwoch, dem 7. 6. vormittags findet auf dem Heidelberger Bergfriedhof die feierliche Beisetzung der Asche unserer hingerichteten Mannheimer Kameraden statt. Die Mannheimer Kameraden treffen sich zur gemeinsamen Fahrt am kommenden Mittwoch vormittags 7.30 Uhr am OEG-Bahnhof Friedrichsbrücke.

Sport und Spiel

Quer durch den Sport

Protest-Seuche bei den Ringern

Innerhalb der Deutschen Ringer-Mannschafts-Meisterschaft kam es verschiedentlich zu Protesten, von denen noch drei weitere ausstehen. Hohen-Limburg versucht eine Revidierung der Punktrichterurteile in den Treffen Schlagmüller — Rößler und Mundschenk — Pfeil aus dem Rückkampf gegen die SG Eckenheim zu erreichen. „Eiche Sandhofen" protestiert gegen protestiert gegen den kampflosen Vorrundensieg von Berlin-Nord und Göppingen hat gegen die kurzfristige Wiederansetzung der Rückkampfbegegnung gegen Reichenhall Beschwerde eingelegt. Zur Vermeidung ähnlicher Fälle beschloß der Vorstand des Deutschen Athletenbundes, eine besondere Schulung von Kampfleitern, sowie ein härteres Durchgreifen bei allen Verstößen gegen die Wettkampfordnung. Außerdem ist beabsichtigt, in Zukunft hauptsächlich Lehrgänge in den Gewichtsklassen zu starten und die mannschaftlichen Großkämfe zu verringern

Deutsche Meisterschaften in der Schwerathletik

Die deutschen Meisterschaften im Ringen, Rasenkraftsport, Rundgewichtsübungen und Tauziehen werden am 15./16. Juli 1950 in Ludwigshafen-Friesenheim ausgetragen. Etwa 700 Kraftsportler aus allen Teilen Deutschlands werden an den Meisterschaften teilnehmen. In München-Gladbach finden am 29./30. Juli 1950 die deutschen Meisterschaften im Gewichtheben statt. Die deutschen Jugendmeisterschaften werden am 5./6. August in Lage/Lippe ausgetragen.

Der Badische Schwerathletikverband hat die Durchführung der badischen Kraftsportmeisterschaften für das Jahr 1950 der Karlsruher SpVgg Germania. übertragen. Der Termin ist auf 1./2. Juli verlegt worden.

Leichtathletik-Vergleichskampf Nord — Süd

Der für den 26./27. August nach Köln angesetzte Leichtathletik-Vergleichskampf Nordgegen Süddeutschland wird auf Endkampfbasis mit jeweils drei Teilnehmern (Männer und Frauen) jeWettbewerb ausgetragen. Das Programm umfaßt den größten Teil der olympischen Disziplinen. Die norddeutschen Vertreter werden von den Vrbänden nördlich des Mains die des Südens von denen südlich des Mains gestellt. Da zum gleichen Termin in Brüssel die Europameisterschaften stattfinden werden die beiderseitigen Ergebnisse gute internationale Vergleichsmöglichkeiten bieten.

Kuhfeld als Vorsitzender zurückgetreten

Der bisherige erste Vorsitzende des badischen Fußballverbandes Willi Kuhfeld hat sein Amt zur Verfügung gestellt. Willi Kuhfeld, der gleichzeitig noch Geschäftsführer des badischen Fußballverbandes ist, befindet sich zur Zeit auf Urlaub. Mit der Führung der Geschäfte des ersten Vorsitzenden des badischen Fußballverbandes ist der zweite Vorstand des badischen Fußballverbandes, Julius Walter aus Buchen/Baden, beauftragt worden. Die Geschäftsführung des badischen Fußballverbandes hat bis auf weiteres der Vorsitzende der badischen Spruchkammer Fritz Meinzer, Karlsruhe, übernommen.

Tennisländerkampf in Mannheim

Am 8. Juni tritt nach längerer Pause der Tennis- und Turnierclub Mannheim wieder an die Oeffentlichkeit. In einem Kampf Nordgegen Südbaden stehen Kuhlmann, Walch, Dörfler und Meinhardt gegen Dr. Buß, Kretzer, Müller, und Gratewohl.

Kleine Sportmeldungen

Die wiedererrichtete Frankfurter Festhalle soll nach dem Einbau einer Radrennbahn und einer Kunsteisbahn im Winter 1951 wieder sportlichen Veranstaltungen dienen.

Ein Versehrten-Sportverband für das Bundesgebiet soll nach einer Mitteilung des Wuppertaler Sozialamtes in den nächsten Wochen gegründet werden.

Der Sekretär des englischen Fußballverbandes sagte ein Gastspiel einer führenden englischen Fußballmannschaft im Oktober in Köln zu. Im Mai 1951 soll eine Kölner Elf nach England eingeladen werdn.

Auf einer Deutschlandreise spielt die französische Fußballmannschaft Stade Francais Paris am 11. Juni gegen VfL Konstanz und am 13. Juni in Pforzheim.

Die Berner Fußballelf Young Boys spielt am 10. Juni in Berlin gegen Wacker 04.

Der FC Mailand gewann am Freitag ein internationales Fußball - Freundschaftsspiel gegen Norrköping mit 4:1. Mailands Mittelstürmer, Gunnar Nordahl, war vor seiner Profizeit Mittelstürmer Norrköpings und der schwedischen Nationalmannschaft.

Der französische Fußballverband hat gegen die Ansetzungen für die Fußballweltmeisterschaft Einspruch erhoben. Frankreich soll am 25. Juni gegen Uruguay in Porto Allegre und am 29. Juni gegen Bolivien in dem über 3000 km entfernt liegenden Pernambuco spielen.

Heidelberg im Zeichen der Schloß-Beleuchtung

Heidelberg. Schloßbeleuchtung, Feuerwerk, Reiterfest, Blumenschau, Radrennen und nicht zuletzt die endgültige Uebergabe der inzwischen vollständig hergestellten Friedrichsbrücke waren die Mittelpunkte einer zweitägigen Eröffnung der Sommersaison 1950 für Heidelberg. Man schätzt die Zahl derer, die zu diesen beiden Festtagen nach Heidelberg kamen, auf 150 000. Es war unmöglich, alle Veranstaltungen als Einzelner zu besuchen, aber es war für jeden etwas, das seinem Hrzen und seinen Wünschen entsprach.

Die Heidelberger Friedrichsbrücke, die bereits im Dezember vorigen Jahres eingeweihtt worden war, wurde am Samstag in einer kleinen Feier endgültig dem Verkehr übergeben. Bei der damaligen Brückenweihe war die rechte Gehbahn für Fußgänger noch nicht fertig geworden und blieb daher bis jetzt für den Verkehr gesperrt. Nun ist sie mit allen ihren kleinen Arbeiten, die noch zu leisten waren, völlig für den Verkehr freigegeben und würdig wurde dieser zweite Ehrentag mit einer inoffiziellen Begehung durch Oberbürgermeister und Stadtrat und einem zweireihigen Fahnenspalier eingeleitet.

Am Abend hatten sich 150 000 Menschen am Neckarvorland, am Philosophenweg und am gesamten Neckarufer gegenüber dem Schloß angesammelt, um die in ganz Deutschland und der Welt bekannte Schloßbeleuchtung zu erleben.. Das diesjährige Feuerwerk und die Schloßbeleuchtung darf man als das schönste bezeichnen, was bisher in Heidelberg gezeigt wurde. Nachdem das Dunkelrot des Schlosses wieder verblichen war, wurden noch Stunden in Tanz und Unterhaltung auf den Terassen des illuminierten Schloßhofes von Hunderten verbracht und die übrigen Heidelberger Lokale waren ebenfalls brechend voll.

Der Sonntag stand im Zeichen des großen Reit-, Spring- und Fahrturniers. Mit einem Jagdspringen um den „Preis vom Neckar" passierten bei einer Rekordbesetzung von 50 Teilnehmern neun Pferde die 13 Hindernisse fehlerlos.

Bei der Materialprüfung für Reitpferde, die in zwei Abteilungen (leichte und schwere Pferde) ausgetragen wurde, siegte in der ersten Klase Dr. Knörzer auf „Feine Dame" und bei den schweren Pferden siegte „Fakkelzug" mit dem Reiter Erich Kürschner. Am Schluß des ersten Tages war ein Jagdspringen ausgetragen worden, bei dem 18 Hindernisse und Doppelhindernisse zu überwinden waren. In der deutschen Abteilung siegte Georg Ulsaner auf „Seeadler" und ging mit 101 Sekunden fehlerlos durchs Ziel.

Die ganze Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde der große Verkehr von Heidelberg nach Umgebung durch Sonder-Straßenbahnen, -Züge und -Omnibusse bewältigt. Dadurch war es jedem ermöglicht, so lange zu bleiben, wie er wollte. Manche sollen aber überhaupt nicht geschlafen haben, denn sie tanzten bis in den frühen Morgen — Polizeistunde gab es nicht — und gingen dann zum Reitturnier oder zerstreuten sich zwischendurch am Neckarvorland, wo Karussells, Glücksbuden, das große Bierzelt und eine Unzahl von Verkaufsständen lockten und man seine letzten Markscheine los werden konnte. Zum Glück lagen die Festtage am Anfang des Monats, aber auch zum Unglück vieler, denn mancher wird sich den Kopf zerbrechen, wie er über die nächsten drei Wochen hinwegkommen soll.

Adler-Lichtspiele
Achern-Oberachern
Dienstag, 20.30, Mittwoch, 20.30, Fronleichnam 15, 17.45, u. 20.30 Uhr
„Monsier Vincent!"
Ein Leben für die Menschlichkeit
Der große preisgekrönte Film über den Lebensweg des hl. Vinzenz von St. Paul
In d. Hauptrolle: PIERRE FRESNAY

Anzeigenwerber
für Baden-Baden - Brühl - Rastatt - Lahr
per sofort gesucht
Eilangebote an Badische Zeitungs-Verlags-Ges. m. b. H., Mannheim, S 3, 10

Drucksachen
liefert rasch und preiswert
Rhein-Druck
G. m. b. H.
Mannheim S 3, 10

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg